Preis 10 Pfennig. Morgen-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit" ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamezeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Sonntag, den 29. Dezember 1918 — Nummer 79

Austritt der Unabhängigen aus der Regierung.

Die Fragen unserer Genossen.

Um 12 Uhr trat der Zentralrat mit der Regierung zu gemeinsamer Beratung der strittigen Fragen zusammen. Im Vordergrund stand die Erörterung, wer die Verantwortlichen für das Blutbad vom 24. Dezember seien. Bald wurde Klarheit. Ebert, Scheidemann und Landsberg gaben zu, daß sie in der Nacht vom Montag auf Dienstag gegen 1 Uhr dem Kriegsminister Scheüch eine Blankovollmacht erteilt haben, alles Nötige zu tun, um Wels zu befreien. Im Verlauf der Beratung fiel dann aus Scheidemanns Munde auch das Wort, er würde es sich zum größten Verbrechen seines Lebens anrechnen, wenn er anders gehandelt hätte. Aehnlich äußerte sich Landsberg.

Das bestätigt alles, was wir über die schwere Schuld Eberts und seiner Freunde gesagt haben, über die Kopflosigkeit und Gewissenlosigkeit mit der sie ganz im Geiste und nach dem Muster des alten Systems gegen Revolutionäre vorgegangen sind.

Die Verhandlungen waren sehr eingehend. Zum Schluß wurden von unseren Genossen folgende Fragen formuliert, um deren genaue Beantwortung der Zentralrat ersucht wurde.

Die Fragen lauten:

1. Billigt es der Zentralrat, daß die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den in keiner Weise begrenzten Auftrag erteilen, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinedivision in Schloß und Marstall vorzugehen?

2. Billigt der Zentralrat, das am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Lequis mit nur 10 Minuten befristete Ultimatum, wie die Artilleriebeschießung von Schloß und Marstall?

3. Erklärt sich der Zentralrat für die sofortige strikte Durchführung der vom Kongreß der A.- und S.-Räte geplanten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Untersagen des Waffentragens außerhalb des Dienstes für die Offiziere im Heimatheer.

4. Billigt es der Zentralrat, daß die Oberste Heeresleitung in einem vertraulichem Telegramm an die Heeresgruppe Ober-Ost erklärt, sie erkenne diese Beschlüsse der A.- und S.-Räte nicht an?

5. Billigt der Zentralrat die von den Kabinettsmitgliedern Ebert, Scheidemann und Landsberg befürwortete Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach Weimar oder einem anderen Orte Mitteldeutschlands?

6. Billigt der Zentralrat, daß statt der völligen Demobilmachung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung desselben auf den Friedensstand unter Zurückhaltung und eventuellen Auffüllung der beiden Jahresklassen 1897 und 98 stattfindet?

7. Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, daß die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht stützen kann und darf auf die Generalität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten, alten, stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr?

8. Ist der Zentralrat dafür, daß die Sozialisierung der dafür reifen Industrien durch gesetzgeberische Akte sofort in Angriff genommen wird?

Die Antwort des Zentralrats.

Auf die von unseren Genossen formulierten Fragen hat der Zentralrat folgendermaßen geantwortet:

1. Die Volksbeauftragten haben lediglich den Auftrag erteilt, das nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem Führer der Volksmarine-Division telephonisch mitgeteilt worden ist, daß er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren könne. Das billigt der Zentralrat.

2. Die zweite Frage beantwortet der Zentralrat mit: Nein.

3. Der Zentralrat steht auf dem Standpunkt, daß die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse durchzuführen sind. Der Rat der Volksbeauftragten wird aufgefordert, die Ausführungsbestimmungen alsbald vorzulesen.

4. Die vierte Frage wird mit nein beantwortet.

In den Fragen 5, 6 und 7: der Zentralrat kann diese Fragen ohne vorherige eingehende Erörterung mit dem Rat der Volksbeauftragten nicht beantworten.

8. Der Zentralrat wünscht in allernächster Zeit von der für die Vorbereitung der Sozialisierung eingetretenen Kommission einen Vortrag über den Stand ihrer Arbeiten zu hören. Er ist der Meinung, daß die Sozialisierungskommission in Ausführung der Beschlüsse des Kongresses der A.- und S.-Räte so schnell wie möglich positive Vorschläge über die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe (insbesondere des Bergbaus) macht.

Ferner stellte der Zentralrat noch folgende Anfrage an die Volksbeauftragten:

Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen?

Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?

Antwort der Volksbeauftragten Haase, Dittmann, Barth auf die Erklärung des Zentralrats.

Wir treten aus der Regierung aus und begründen diesen Schritt in folgender Weise:

1. Das Blutbad vom 24. Dezember 1918 ist dadurch verschuldet, daß die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag zu militärischer Gewaltanwendung gegeben haben. Zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels war ein solcher Auftrag weder nötig noch zweckdienlich. Das Leben von Wels wurde gerade durch eine Kanonade auf das Gebäude, in dem er sich selbst befand, auf das höchste gefährdet. Der militärische Angriff erfolgte außerdem erst 7 Stunden, nachdem dem Kriegsminister der Auftrag erteilt worden war, also zu einer Zeit, wo, wenn Wels' Leben wirklich bedroht war, mit seiner Unversehrtheit kaum noch gerechnet werden konnte.

Die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg haben während dieser ganzen Zeit keinen Schritt getan, um die Ausführung ihres Auftrages, der einer Blankovollmacht gleichkam, zu überwachen.

Wir können es nicht verantworten, daß einem Vertreter des alten Gewaltsystems die Verfügung über das Leben der Mitmenschen nach seinem Belieben übertragen wird. Der Weg der Verhandlungen, der schließlich zum Ziel geführt hat, hätte in keinem Stadium der Angelegenheit verlassen werden dürfen.

Im Gegensatz zu dieser unserer Auffassung hat der Zentralrat das Verhalten von Ebert, Scheidemann und Landsberg in dieser Frage gebilligt.

2. Wie gefährlich der dem Kriegsminister erteilte Auftrag gewesen ist, ergibt sich schon daraus, daß der Zentralrat die Art der Ausführung des Auftrages selbst in Beantwortung der Frage 2 ausdrücklich hat mißbilligen müssen.

3. Die Antwot auf die Frage 3 befriedigt uns ebenfalls nicht, da sie nicht die sofortige und strikte Durchführung der vom Kongreß der A.- und S.-Räte gefaßten Beschlüsse verlangt, sondern lediglich die Aufforderung zur alsbaldigen Vorlage von Ausführungsbestimmungen enthält.

4. Unsere Fragen zu 5, 6, 7 sind von entscheidender Bedeutung für die Führung der inneren und auswärtigen Politik im Geiste der Revolution. Da der Zentralrat in Beantwortung dieser grundlegenden Fragen trotz der eingehenden Erörterung, die sie in der Verhandlung gefunden haben, hinausschiebt, so werden die Errungenschaften der Revolution nach unserer Ueberzeugung auch hierdurch gefährdet.

5. Die Beantwortung der Frage wegen der vom Kongreß der A.- und S.-Räte geforderten sofortigen Sozialisierung der dazu reifen Industrien sichert durchaus nicht die Verwirklichung der Absichten des Kongresses.

6. Da wir hiermit aus der Regierung ausscheiden, haben wir die an uns als Volksbeauftragte gestellte Frage nicht mehr zu beantworten.

Arbeitendes Volk Berlins!

Heute um 1 Uhr findet die Beerdigung der erschossenen Matrosen statt, der Opfer des verbrecherischen Blutbades. Erweist den gefallenen Kämpfern die letzte Ehre!

Erscheint alle bis auf den letzten Mann und die letzte Frau in der Siegesallee. Kein Arbeiter, kein Revolutionär fehle!

Gestaltet die Kundgebung zu einer machtvollen Kundgebung revolutionärer Entschlossenheit und sozialistischen Opfermutes

Erscheint in Massen!

Die Krise beendet.

Die Krise ist beendet. Sie ist ausgegangen, wie wir es erwartet haben. Der bloß aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzte Zentralrat hat nicht den Mut und die Entschlossenheit gehabt, für die sozialistische und revolutionäre Sache gegen die Personen der Parteiführer zu entscheiden. Er hat sie in der Frage gedeckt, die im Vordergrunde der politischen Situation steht. Er hat das Vorgehen der Ebert, Scheidemann und Landsberg, das zu den blutigen Straßenkämpfen in Berlin geführt hat, nicht verurteilt.

Damit war für unsere Genossen die Sache entschieden. Mit denjenigen, die die Verantwortung für das vergossene Proletarier- und Matrosenblut trugen, konnte es kein weiteres Zusammenarbeiten geben. Die Würfel waren gefallen.

Im übrigen bedeuten die Beschlüsse des Zentralrates viel mehr eine Mißbilligung der Tätigkeit Eberts und seiner Freunde als der Haltung unserer Genossen. Selbst dieser Zentralrat, der die Parteirücksichten höher stellte als das Interesse des Sozialismus, mußte in den sachlichen Fragen sich zumeist auf den Standpunkt unserer Genossen stellen. Er konnte selbst in der Frage des Ultimatums nicht umhin, dieses und die Eröffnung des Artilleriefeuers zu mißbilligen. Als ob diejenigen, die dem Kriegsminister die unbegrenzte Vollmacht gegeben haben, mit Gewalt gegen die Matrosen vorzugehen, nicht auch unmittelbar verantwortlich sind für die Folgen dieses Befehls.

Zeigt sich in den Antworten des Zentralrates noch ein leises Bestreben, zu vermitteln, um zu freilich ganz unzulänglichen Kompromissen zu gelangen, so zeigt die Anfrage über eventuelle Gewaltanwendung, die er schließlich an die Volksbeauftragten gerichtet hat, daß auch ihn derselbe Geist erfüllt, der die Ebert, Scheidemann und Landsberg zu dem verhängnisvollen Schritt verführt hat, der soviel Opfer kostete. Auch dies mußte unsere Genossen überzeugen, daß eine weitere Tätigkeit in der Regierung für revolutionäre Sozialisten unmöglich geworden ist.

So gehen wir denn aus der Regierung hinaus, weil uns die Politik der Halbheiten und der Schwäche, die die Rechtssozialisten getrieben haben, ein weiteres Verbleiben unmöglich macht.

Unsere Genossen haben unter den schwierigsten Verhältnissen und den größten Widerständen ihre prinzipiellen sozialistischen Grundsätze zu verwirklichen gesucht. Sie haben trotz aller Hindernisse manches Wichtige erreicht, viel Schädliches verhindert.

Jetzt beginnt für unser Wirken ein neuer Abschnitt. Ungehemmt und ungehindert werden wir jetzt für die sozialistische Sache werben und wirken können. Von dem Urteil des Zentralrates appellieren wir an die Massen. Wir vertrauen ihrem revolutionären Instinkt und ihrem sozialistischen Bewußtsein und sind überzeugt, jetzt erst recht bleiben zu können, was wir gewesen sind: die Träger der Revolution und ihre vorwärtstreibende Kraft.

*

Der Verlauf der Beratungen.

Wolffs Bureau berichtet:

Die gemeinsame Sitzung der Volksbeauftragten mit dem Zentralrat dauerte bis gegen 8 Uhr. Sie war ausgefüllt durch eine ausführliche Darstellung der bisherigen Regierungstätigkeit der Volksbeauftragten, wobei alles in die Debatte gezogen wurde, was an wichtigen Handlungen und Vorfällen in der letzten Zeit vorgekommen war. Der Zentralrat hat sich, wie man hört, bisher jeder Aeußerung enthalten und ist kurz nach 8 Uhr zu einer besonderen Sitzung zusammengetreten, um sich über seine Haltung schlüssig zu werden.

Wieder ein aufgedeckter Vorwärts-Schwindel.

In der Abendnummer vom 24. Dezember legte der „Vorwärts" den Berlinern folgende Gabe auf den Weihnachtstisch:

„Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wurde folgender Befehl seitens der englischen Admiralität an die deutsche Flotte erlassen:

1. Schiffe mit roter Flagge werden ohne Warnung versenkt.
2. Schiffe ohne Offiziere werden nach Kriegsrecht behandelt.
3. Wenn ein Mann bei bolschewistischer Propaganda ertappt wird, so wird die gesamte Besatzung des betreffenden Schiffes standrechtlich erschossen."

Diese Meldung wurde, zum Teil fett und gesperrt, ohne redaktionelle Bemerkung, ohne ein Wort des Zweifels oder des Vorbehalts gebracht, obwohl schon die Fassung dieser Meldung sie als Tatarennachricht erscheinen lassen mußte. Dem „Vorwärts" jedoch war diese Nachricht als Beitrag für seine panikerzeugende Agitation nur willkommen. Dieser niederträchtige Schwindel wird nun durch folgendes Telegramm dementiert:

London, 27. Dezember. Reuter erklärt, daß die aus Berlin stammende Meldung, wonach die britische Admiralität der deutschen Flotte mitgeteilt haben soll, daß Schiffe unter roter Flagge ohne Warnung versenkt, Schiffe ohne Offiziere nach den Kriegsgesetzen behandelt und daß die gesamte Mannschaft eines Schiffes standrechtlich erschossen würde, wenn ein Mitglied derselben bei der Verbreitung bolschewistischer Ideen ertappt werden würde, von Anfang bis zu Ende erfunden sei.

Eine Kundgebung der Republikanischen Soldatenwehr.

W. T. B. verbreitet folgende Kundgebung:

Die heute in der Aula der alten Bibliothek versammelten Soldatenräte und Depotführer der Republikanischen Soldatenwehr zusammen mit der neu eingegliederten Volksmarine-Division erheben einstimmig schärfsten Protest gegen die in letzter Zeit gegen die R. S. W. erhobenen Vorwürfe der Unzuverlässigkeit. Die R. S. W. steht nach wie vor geschlossen hinter der gesamten Reichsregierung. Die R. S. W. erhebt ferner ganz entschieden Protest gegen den Vorwurf, als ob sie eine Beeinflussung der Regierung betr. Besetzung des 1. Kommandanten-Postens unternommen hätte. Sie wiederholt hiermit den Beschluß der Vertreter der Berliner Truppen, der polizeilichen Sicherheitsmannschaften und der Volksmarine-Division, zusammen mit der Soldatenwehr im Schloß am 23. Dezember, daß Adjutant Fischer solange den Kommandanten Wels zu vertreten habe, bis über den 1. Kommandanten weiteres beschlossen sei. Sie erklärt, daß Adjutant Fischer nicht das geringste dazu getan hat, Kommandant von Berlin zu werden.

Für die Beschlüsse des Rätekongresses.

Hamburg, 28. Dezember. Eine Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg, Altona und Umgegend tagte gestern nachmittag im Gewerkschaftshause. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Wahl eines Vorsitzenden des Soldatenrates. Zur Wahl gestellt war der unabhängige Sozialdemokrat Reiß, der erklärte, daß er für die Zusammenfassung sämtlicher sozialrevolutionärer Arbeiter ist und Lempl, der hervorhob, daß er auf dem Boden der sozialistischen Mehrheitspartei steht. Er will mit den anderen sozialdemokratischen Gruppen arbeiten, soweit es möglich ist; solange aber die Linksradikalen solchen Unsinn wie in Berlin machen, könne er mit ihnen nicht arbeiten. Lempl wurde schließlich zum Vorsitzenden des Soldatenrates mit 212 gegen 112 Stimmen gewählt. Zum Schluß wurde folgendes Telegramm beschlossen und an die Reichsregierung abgesandt: „Die Vollversammlung aller Soldatenräte von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend erklärt erneut, daß sie auf dem Boden der vom Rätekongreß fast einstimmig angenommenen Hamburger Beschlüsse steht. Sie verlangt, daß die Anträge zum Gesetz für das Heimatheer erhoben werden. Die Abschaffung der Rangabzeichen richtet sich gegen das alte System, nicht gegen einzelne Personen und bedeutet keine Degradierung der bisherigen Träger der Rangabzeichen. Wir geben der Reichsregierung anheim, zu entscheiden, ob die Einführung anderer Rangabzeichen erforderlich ist.

Bevorstehende Verabschiedung Jagows.

Wie uns aus Breslau mitgeteilt wird, hat der Regierungspräsident v. Jagow (der frühere Polizeipräsident von Berlin) einen längeren Urlaub erhalten. Man darf wohl annehmen, daß Herr v. Jagow, der seinem ganzen Wesen nach nicht in das neue System paßt, nicht auf seinen Posten zurückkehren wird.

Gegen die Bürgerwehr in München.

Von den rechtssozialistischen bayerischen Ministern Auer und Timm wird seit einiger Zeit die Bildung einer Bürgerwehr betrieben, was bei der Münchener Arbeiterschaft große Empörung hervorgerufen hat. Hierzu geht uns folgender Drahtbericht zu:

München, 28. Dezember.

Der große Münchener Arbeiterrat, der zum größten Teil aus Rechtssozialisten und Gewerkschaftsführern besteht, nahm folgenden Antrag Toller an:

„Der Münchener Arbeiterrat verurteilt auf das Entschiedenste die Bildung einer Bürgerwehr und die Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterschaft an dieser konterrevolutionären Organisation. Wir fordern zum Schutz der Revolution und des Proletariats die Errichtung einer Arbeiterwehr."

Derselbe Antrag wurde in einer von etwa 3000 Personen besuchten Wählerversammlung der Rechtssozialisten, in der Minister Timm sprach, angenommen.

Heute wurden etwa 40 Personen verhaftet, die Mitglieder der Bürgerwehr sind, und von denen feststeht, daß sie sich an konterrevolutionären Bestrebungen beteiligt haben.

Außerdem wurden in einigen Städten (Dachau, Baierbrunn, Reichenhall, Emdorf) Waffen, wie Maschinengewehre, Gewehre und Munition beschlagnahmt, die zur Verteilung gelangen sollten oder schon verteilt sind. Auch die rechtssozialdemokratische Fraktion im provisorischen Nationalrat wird voraussichtlich gegen die Errichtung der Bürgerwehr und die Beteiligung von Auer, Timm und v. Haller an der Bildung der Bürgerwehr Stellung nehmen.

*

München, 28. Dezember. Heute sollte die erste Vorstandssitzung der neugebildeten Münchener Bürgerwehr stattfinden. Kurz vor Eröffnung der Sitzung drangen 20 Soldaten mit roten Armbinden in den Sitzungsraum und erklärten die Anwesenden für verhaftet. Sie wurden in mehreren Automobilen fortgebracht. Die in den Räumen befindlichen Schriftstücke wurden von den Soldaten beschlagnahmt.

Die Verhältnisse in Oberschlesien.

Beuthen, 28. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt, daß auf den Gruben des oberschlesischen Zentraltohlenreviers reiner Bolschewismus und Anarchismus herrsche. Die Generaldirektionen und Direktoren wurden zwangsweise in die Zechenhäuser gebracht und unter Bedrohung zu Unterschriften gezwungen. Wenn die Regierung nicht sofort scharfe Maßnahmen ergreift und militärische Hilfe sendet, besteht die Gefahr einer Stillegung der oberschlesischen Gruben und damit des Zusammenbruches des ganzen Wirtschaftslebens. Die Zahl der Ausständigen hat sich wieder erhöht. Heute streiken Hedwigswunsch, Ludwigsglück, Dubensko, Preußen, Castellengo, Brandenburg und die Friedensgrube.

Die Handelskammer Oppeln teilt mit: Auf der Grube Schlesien hat gestern ein Teil der Arbeiter das Verwaltungsgebäude gestürmt, den Direktor Drescher und den Berginspektor Luck ergriffen und mit Gewalt ins Zechenhaus geschleppt. Dort wurden beide Beamte auf einen Tisch gestellt und durch Todesandrohung gezwungen, die Forderungen der Arbeiter sofort zu bewilligen. Die wichtigste davon lautet auf Auszahlung von 800 Mark pro Kopf bei nächster Löhnung. Werden diese Zulagen überall ausgezahlt, so wird dem oberschlesischen Steinkohlenbergbau eine Mehrbelastung von 80 Millionen Mark entstehen. Die Arbeiter brachten dabei Hochrufe auf Rosa Luxemburg und Liebknecht aus. Auch auf der Donnersmarckhütte und -Grube wurde die Verwaltung mit Gewalt gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Neu ausständig ist die Friedensgrube. Infolge der rührigen Agitation von polnischer und bolschewistischer Seite ist ein weiteres beträchtliches Anwachsen der Ausstandsbewegung in den nächsten Tagen zu erwarten. Wenn nicht unverzüglich regierungstreue Truppen in den Industriebezirk geschickt werden, so ist in den nächsten Tagen mit Lahmlegung aller Betriebe durch den kleinen bolschewistischen Teil der Belegschaft, der die anderen Arbeiter terrorisiert, zu rechnen.

Man sollte doch meinen, daß es auch noch andere Mittel geben müßte, um vernünftige Verhältnisse in Oberschlesien herbeizuführen, als die Entsendung von Militär, zumal zu befürchten wäre, daß ein Eingreifen der bewaffneten Macht eine polnische Intervention und internationale Schwierigkeiten herbeiführen könnte. Wie wir erfahren, wird sich in den nächsten Tagen ein Mitglied der preußischen Regierung nach Oberschlesien begeben.

Blutige Straßenkämpfe in Posen.

In Posen ist es zu bedauerlichen Zwischenfällen gekommen. Aus Demonstrationen entwickelten sich Straßenkämpfe, bei denen an verschiedenen Stellen Blut floß. Die Posener „Neuesten Nachrichten" geben darüber den folgenden, nicht in allen Teilen ausreichenden Bericht:

Am Mittag war das Grenadier-Regiment 6 aus dem Felde eingetroffen. Nachdem am Vormittag eine Ovation polnischer Schulkinder vor Paderewski erfolgt war, wurde eine deutsche Gegenkundgebung angeregt. Gegen vier Uhr nachmittags bewegte sich von der Grenadierkaserne aus der Zug, an dem Soldaten und Zivilbevölkerung teilnahmen, nach der Stadt. Unterwegs kam es bereits mehrfach zu Zwischenfällen als die Soldaten einige Fahnen, vor allem französische und amerikanische, herunternahmen. In der Wilhelmstraße kam es zu ersten Zusammenstößen. Die Deutschen sangen „Deutschland, Deutschland über alles", die Polen riefen: Hoch lebe Polen! Es entstand ein allgemeines Durcheinander und ein furchtbarer Lärm, so daß Einzelheiten nicht festzustellen waren. Als der Umzug eben vorüber war, sah man, wie mehrere Soldaten mit Gewehrkolben aufeinander losschlugen, gleich darauf fielen die ersten Schüsse. Dann wurden Truppen alarmiert, die schnell heranrückten. Nun kam es an verschiedenen Plätzen der Stadt zu regelrechten Feuerkämpfen, zum Teil mit Maschinengewehren und Handgranaten. Es gab Tote und Verwundete, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Die Hauptplätze der Straßenkämpfe waren Wilhelmsplatz, Wilhelmstraße, St. Martinstraße und Schloßplatz.

Von deutscher Seite wird erklärt, daß die deutschen Soldaten durch das Aushängen von Fahnen feindlicher Mächte, gegen die sie vier Jahre gekämpft hatten, aufs höchste gereizt worden seien.

*

Von einem soeben aus Posen zurückgekehrten Augenzeugen wird dem „Berliner Lokalanzeiger" zu den blutigen Vorgängen noch folgendes berichtet:

„Am Donnerstag um 5 Uhr durchfuhr die Entente-Kommission im Auto unter amerikanischer Flagge in der Richtung Warschau die Stadt. Junge Leute in deutscher Offiziersuniform rissen die Flagge herunter und beschossen das Auto. Die polnische Volkswehr schlug sofort Alarm, und es begann dann eine Schießerei zwischen Deutschen und Polen, die erst gegen Mitternacht beendet wurde. Achtunddreißig Frauen und Kinder und hundert Männer deutscher und polnischer Nationalität sollen getötet worden sein. Gleich nach der Beschießung des Autos der Entente-Kommission erschien ein zur polnischen Garde gehörender Offizier, der aus dem Schloß kam, und rief der sich dort aufhaltenden Menge zu: „Der Anschluß an Polen ist vollzogen." Der deutsche A.- und S.-Rat wurde noch in der gleichen Nacht für abgesetzt erklärt. Das Telegraphenamt und alle öffentlichen Gebäude befinden sich in dem Besitz der Polen. Morgens in aller Frühe kam es auch auf dem Posener Bahnhof zu einer Schießerei. Alle Züge, in denen sich deutsche Soldaten befanden, die von der Front zurückkehrten, wurden angehalten. Die Truppen wurden dann zur Abgabe der Waffen und Ausrüstungsstücke aufgefordert. Soldaten eines Zuges leisteten dieser Aufforderung nicht sofort Folge, und die Truppen der polnischen Volkswehr machten hierauf sofort von ihrer Waffe Gebrauch. Angeblich soll ein deutscher Soldat getötet worden sein."

Weiter wird dem W. T. B. vom Obersten polnischen Volksrat aus Posen gemeldet, daß sich am Donnerstag abend nach den Ruhestörungen eine Vertretung der englischen Mission, bestehend aus dem Kommandanten Rollings und polnischen Vertretern, zum Generalkommando begab, um gegen die Ausschreitungen zu protestieren. Der Kommandierende General erklärte, daß er gegenüber den Soldaten machtlos sei. Auf weitere Bemerkungen über das Herunterreißen der Fahnen der Entente erklärte General Schimmelpfeng, daß man doch in Preußen sei und feindliche Fahnen nicht geduldet würden. Auf diese Antwort des Generalmajors verließen die englischen und polnischen Vertreter unter Abbruch der Verhandlungen das Generalkommando. Ein Bericht an die Alliierten ist bereits abgegangen.

Wilson und der englische König über den Frieden.

London, 27. Dezember. (Reuter.) Auf einem Bankett zu Ehren Wilsons sagte der König: Wir bewillkommnen Sie als einen Mann, dessen Einsicht, Ruhe und Würde bei der Erfüllung seiner hohen Pflicht wir bewundernd verfolgten. Sie kamen als Wortführer eines mächtigen Gemeinwesens, das mit uns durch engste Bande verknüpft wurde. Wir sehen ein Band von noch tieferer Bedeutung in den gemeinsamen Idealen, welche unsere Völker hochhalten. Am höchsten von diesen Idealen schätzen wir und Sie die Einheit und den Frieden, und wie wir das Vorrecht hatten, im nationalen Leben Vertreter der Prinzipien der auf gleichen Gesetzen beruhenden Selbstregierung der Völker zu sein und das Beispiel dafür zu geben, fällt be den gleicherweise die Aufgabe zu, darauf zu achten, wie diese Grundsätze über unsere eigenen Grenzen hinaus zum Schutze der Welt angewendet werden können.

Liebe zur Freiheit und Achtung vor den Gesetzen, der gute Glaube an die heiligen Rechte der Menschheit haben Sie in die alte Welt geführt, um zu helfen, sie aus den Gefahren zu retten, die sich um sie herum zusammenballten. Sie sind gekommen, um an dem Aufbau neuer Staaten zwischen den Ruinen derjenigen welche der Krieg zertrümmert, mitzuhelfen, um festgefügte Grundlagen für eine Regelung herzustellen, die Bestand hat, weil sie sich auf die Zustimmung befreiter Nationalitäten gründet. Sie haben der Hoffnung des amerikanischen Volkes — wie auch unserer Hoffnung — beredten Ausdruck gegeben, nämlich, daß ein Plan entworfen werden müsse, um das Ziel zu erreichen, für dessen Förderung Sie schon so viel getan haben, durch den die Gefahr künftiger Kriege wenn möglich abgewendet werden kann und der die Nationen von der unerträglichen Last, welche die Furcht vor dem Kriege ihnen aufgebürdet hat, befreit. Die britische Nation wünscht, daß alle Beratungen, in welche Sie hier mit unseren verbündeten Völkern jetzt eintreten, von einem

gennützigen Wohlwollen und Pflichtgefühl getragen werden kann, das der Macht entspricht, die wir als feierliches Pfand haben.

Die Antwort Wilsons.

In seiner Antwort auf die Rede des Königs sagte Wilson:

Ich bin sehr geschmeichelt durch Ihre freundschaftlichen Worte. Ich glaube diese Begrüßung richtig auszulegen, wenn ich annehme, daß aus ihr nicht nur Ihre eigene großmütige Gesinnung gegenüber unseren Personen spricht, sondern auch Ihre Gesinnung und die des großen Volkes, an dessen Spitze Sie stehen, gegenüber meinem Volke, dem Volke der Vereinigten Staaten. Denn Sie, Sire, und ich verkörpern den Geist der großen Nationen, und die Kraft und Macht, über die ich verfüge, besitze ich nur solange und insofern, als ich die Geistesrichtung und die Ziele des amerikanischen Volkes zum Ausdruck bringe.

Der Einfluß, den das amerikanische Volk auf die Angelegenheiten der Welt besitzt, läßt sich an seiner Sympathie mit den Bestrebungen der freien Männer auf der ganzen Welt messen. Amerika liebt die Freiheit, und ich glaube, daß es die Freiheit selbstlos liebt. Ich hatte das Privilegium, Sire, mit den Führern Ihrer eigenen Regierung und den Wortführern der Regierungen von Frankreich und Italien zu sprechen, und es freut mich sagen zu können, daß ich dieselbe Auffassung wie sie von der Bedeutung und dem Umfange der Pflichten habe, die uns gemeinsam obliegt. Wir haben alle große Worte ausgesprochen. Wir haben die großen Worte „Recht" und „Gerechtigkeit" ausgesprochen, und jetzt müssen wir zeigen, ob wir diese Worte verstehen oder nicht, und wie sie im einzelnen auf die Abmachungen anzuwenden sind, die diesen Krieg abschließen müssen.

Wir müssen sie nicht nur verstehen, sondern wir müssen auch den Mut haben, nach unserer Ansicht zu handeln. Nachdem ich das Wort „Mut" ausgesprochen habe, drängt sich mir die Ueberzeugung auf, daß es mehr Mut erfordern würde, der großen moralischen Strömung Widerstand zu leisten, die jetzt durch die Welt geht, als ihr nachzugeben und zu gehorchen. Durch die Herzen der Menschen geht jetzt eine große Strömung. Die Menschen sind sich nie zuvor dessen bewußt gewesen, wie wenig der Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit in den verschiedenen Dienstgraden und unter den verschiedenen Staatsgewalten bestand. Es wird, wie ich glaube, unser hohes Vorrecht sein, nicht nur das moralische Urteil der Welt auf die einzelnen Regelungen, die wir anstreben werden, anzuwenden, sondern auch die moralische Kraft der Welt dazu zu organisieren, um diese Regelungen zu bewahren. Die Kräfte der Menschheit in sichere Bahnen zu leiten und das Recht und die Gerechtigkeit, denen sich große Nationen wie die unseren geweiht haben, zu der vorherrschenden und alles beaufsichtigenden Macht der Welt zu machen.

Es liegt etwas Begeisterndes in dem Bewußtsein, daß dies der Auftrag ist, den auszuführen wir zusammen sind. Nichts Geringeres als dies würde uns gerechtfertigt haben, daß ich die wichtigen Aufgaben, die mir auf der anderen Seite des Meeres zugefallen sind, im Stiche ließ, nichts als das Bewußtsein, daß sich damit nichts anderes an Arbeit und Wichtigkeit vergleichen läßt.

Es gewährt mir darum um so mehr Befriedigung, mich in Gesellschaft einer Gemeinde von Männern zu befinden, die sich über ihre Ideale und Ziele einig sind und zu fühlen, daß ich das Vorrecht habe, bei der Fortführung dieser Normen, die wir so hoch hochhalten und verteidigen, meine Gedanken mit den Ihrigen zu vereinigen.

Das Ergebnis der englischen Wahlen.

Nunmehr kommen die ersten Mitteilungen über das Ergebnis der Wahlen zum englischen Unterhause. Eine Reutermeldung vom 28. Dezember besagt, daß bis mittags 1 Uhr 300 Minuten als gewählt festgestellt wurden an Kandidaten der in der Regierung zusammengeschlossenen Koalition: Unionisten 148, Liberale 51, Arbeiterparteiler 8. An Nichtunionisten wurden gewählt: Anhänger Asquiths 8, unabhängige Unionisten 13, andere 0, Arbeiterpartei 28, Frauen 0, Nationalisten 1, Sinnfeiner 26.

Der Arbeiterparteiler Henderson und der frühere liberale Minister Runciman wurden geschlagen. Der bekannte Arbeiterführer und begeisterte Kriegsanhänger Ben Tillet wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Sir Eric Geddes errang in Cambridge über einen Arbeiterkandidaten einen Wahlsieg mit 11 553 gegen 3789 Stimmen.

Das Charakteristische der Wahlergebnisse ist nach Reuter die überwiegende, von den Koalitionskandidaten errungene Mehrheit.

London, 28. Dezember. (Reuter.) Um 4 Uhr nachmittags war der Stand des Wahlergebnisses folgendermaßen: Koalition: Unionisten 290, Liberale 100, Arbeiter 6; Koalitionsgegner: Anhänger Asquiths 22, unabhängige Unionisten 29, andere 4, Arbeiterpartei: 52, Nationalisten 4, Sinnfeiner 34.

Alles weist auf einen großen Sieg der Koalition hin. Bisher wurden alle Minister wiedergewählt, die liberalen Exminister erlitten eine Katastrophe. Sir John Simon, Asquith, Ramsey Macdonald, Snowden wurden geschlagen.

Die belgischen Sozialisten.

Brüssel, 27. Dezember. Der sozialistische Kongreß nahm folgende Tagesordnung an:

Hinsichtlich der internationalen Politik ist der Kongreß fest entschlossen, jeder Politik entgegenzutreten, die es sich zum Ziel setzen würde, imperialistische Bestrebungen zu begünstigen und die Völker ihres Selbstbestimmungsrechtes zu berauben.

Es wird also Sache der Bevölkerung des Großherzogtums Luxemburg sein, sich selbst darüber auszusprechen, ob sie sich einem anderen Staate anschließen will und welchem.

Es wird Sache der wallonischen Ortschaften Rheinpreußens sein, zu erklären, ob sie sich zur deutschen Republik bekennen oder sich mit den anderen wallonischen Bevölkerungen des besetzten Belgiens vereinigen wollen.

Hinsichtlich der durch die Revision des Vertrages von 1839 aufgeworfenen Fragen beabsichtigt der Kongreß, sich jeder aggressiven Politik gegenüber Holland zu widersetzen. Er ist aber ebenso und zwar sehr entschieden der Ansicht, daß Belgien zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit die freie Schiffahrt auf der Schelde und Maas, den zwei großen internationalen Flüssen, gewährleistet werden muß. Diese Freiheit muß gemäß unseren internationalen Entschließungen auf alle großen Schiffahrtswege der Welt ausgedehnt werden.

Generalversammlung der Groß-Berliner Wahlvereine (U. S. P. D.).

Am Sonnabend nachmittag fand in der Aula des Gymnasiums in der Weinmeisterstraße die Generalversammlung der Groß-Berliner Wahlvereine der U. S. P. D. statt, die von den Delegierten überaus stark besucht war. Nachdem die Versammelten einstimmig die Wahl von Brühl und Gutekunst als Vorsitzende und Weise als Schriftführer des Verbandes Groß-Berlins gutgeheißen hatte, begann eine ausgedehnte Debatte über die Aufstellung der Kandidaten zur Nationalversammlung und zur preußischen Konstituante. Eine Vorständekonferenz hatte bereits provisorisch Kandidatenlisten zusammengestellt. Die Meinung der Versammlung ging jedoch dahin, noch einmal unabhängig von diesen Vorschlägen die Aufstellung der Listen im ganzen zu diskutieren.

Von dem Genossen Eichhorn wurde vorgeschlagen, sich zunächst nur über die Grundsätze der Kandidatenaufstellung zu verständigen und die Nominierung der einzelnen Personen dann zu vertagen, bis die Konferenz des Spartakusbundes stattgefunden habe. Es sei damit zu rechnen, daß auch der Spartakusbund sich an den Wahlen beteiligen wolle, und dann wäre es wünschenswert, einheitliche Listen zu erhalten. Jedenfalls müsse nach Möglichkeit Anschluß nach links gesucht werden.

Den Vorschlag der Vertagung unterstützten auch die Genossen Paul Hoffmann und andere Delegierte. Von anderer Seite wurde im Laufe der Debatte jedoch einer solchen Vertagung widersprochen. Insbesondere wies der Genosse Dr. Cohn darauf hin, daß in den nächsten Tagen Ereignisse eintreten könnten, die einen Wiederzusammentritt der Generalversammlung sehr erschweren oder gar unmöglich machen könnten. Die Versammlung lehnte dann schließlich auch eine Vertagung ab.

Genosse Ledebour knüpfte an die Weigerung einiger Genossen, wie Däumig und Rich. Müller, an, sich auf eine Liste setzen zu lassen, auf der auch der Name des Genossen Haase stehen würde. Er wandte sich nachdrücklich gegen die Beteiligung der U. S. P. an der Regierung. Durch seine Teilnahme an der Regierung sei Haase ein hemmendes Moment in der revolutionären Epoche geworden. Bei der Aufstellung der Listen handele es sich darum, daß ausschließlich Genossen heraufgesetzt würden, die den Standpunkt der Berliner Genossen vertreten, die also auf dem äußersten linken Flügel stünden. Da könne Haase nicht in Betracht kommen. Genosse Ledebour kritisierte dann im einzelnen die Politik des Genossen Haase vor der Revolution wie während seiner Regierungstätigkeit. Die Richtung Haase habe innerhalb der Partei wohl eine Berechtigung, aber bei der Kandidatenaufstellung müsse die Entscheidung lauten: für oder gegen sie. Auch Genosse Ledebour forderte ein Zusammengehen mit der Spartakusgruppe, gegen deren putschistisches Gebahren er allerdings Einwände erhebe. Nach rechts müsse ein scharfer Schnitt gemacht werden.

Die Kritik an Haase, die sich im übrigen nicht gegen seine Person richtete, fand in der Versammlung teilweise lebhaften Widerspruch, zumal der Genosse Haase nicht anwesend war. Mehrere Redner, so vor allem die Genossen Siebel, Paul Hoffmann, Dr. Cohn und Dr. Rosenfeld, legten ausführlich die Verdienste Haases wie auch die Notwendigkeit einer Beteiligung an der Regierung dar, in die übrigens gerade Genosse Haase nur widerwillig eingetreten sei. Von manchem dieser Redner wurde andererseits die Nichtbeteiligung der Fraktion auf dem Rätekongreß an der Wahl zum Vollzugsrat scharf kritisiert. Genosse Haase habe an seinem Teil alles getan, um die Rechte des Zentralrates zu erweitern und so die Mitarbeit der Unabhängigen möglich zu machen. Auch Genosse Laukant, der sich als Gegner der Politik Haases bezeichnete, erklärte doch, daß die Berliner Liste auch den Namen des Genossen Haase enthalten müsse.

Den Genossen Ledebour in seiner Kritik der Teilnahme am Kabinett unterstützte vor allem Genosse Däumig, der ebenfalls verlangte, daß die Partei sich auf grundsätzlichen revolutionären Boden stelle und Anlehnung nach links suche. Genosse Däumig ging dann auch noch ausführlicher auf die Nationalversammlung ein, von der positive Arbeit im Sinne der Revolution zu erwarten als Utopie bezeichnet werden müsse. Es könne jedoch gut sein, dieses Parlament als Tribüne zu benutzen. Dabei würde sich dann aber die Notwendigkeit herausstellen, die bisherige revolutionäre Regierung scharf zu kritisieren. Dieser Regierung gehöre aber auch Haase an. Deshalb empfehle es sich nicht, diejenigen, die diese Regierung kritisieren müßten, und die Teilnehmer an der Regierung auf die gleiche Liste zu stellen.

Starke Bewegung rief es hervor, als ein Diskussionsredner Mitteilung von einer Liste machte, die von den revolutionären Obleuten der Großbetriebe Groß-Berlins zusammengestellt worden sei und auf der Tagung der Arbeiterräte im Abgeordnetenhaus kursiert habe. Die Liste, die verlesen wurde, zeigte an erster Stelle die Namen der Genossen Ledebour und Däumig, dann den Liebknechts und anderer Vertreter der radikalen Linken. Durch den Genossen Laukant wurde den revolutionären Obleuten das Recht bestritten, derartige Vorschläge zu machen. Genosse Ledebour verteidigte dagegen die Befugnis der Obleute, der Partei derartige Zusammenstellungen zu unterbreiten, wie jeder Parteigenosse das Recht habe, der Versammlung Vorschläge zu machen.

Genosse Eichhorn betonte, daß er mit der Liste nichts zu tun habe und gleich bei ihrem Bekanntwerden dagegen protestiert habe. Er bezeichnete im übrigen die Wahlagitation bei der Nationalversammlung als die Hauptsache. Ob sie überhaupt zusammentreten werde, müsse noch fraglich erscheinen. Er betonte die Notwendigkeit, sich zum revolutionären Sozialismus zu bekennen. Das Bekenntnis zum Sozialismus allein genüge noch nicht. Deshalb sei auch eine Annäherung nach links die Hauptsache, während ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten, die sich der bürgerlichen Demokratie stark genähert hätten, nicht weiter führen könne.

Der Erklärung der Genossen Däumig, Richard Müller u. a. m., daß sie ihren Namen nicht auf eine Liste gesetzt zu sehen wünschen, die auch den Namen des Genossen Haase enthalten würde, schloß sich während der Debatte auch der Genosse Ledebour an. Alle Kritik an diesem Standpunkt konnte ihn und die mit ihm auf gleichem Boden Stehenden nicht veranlassen, ihre Auffassung zu ändern. Das führte dazu, daß bei der Aufstellung der Kandidaten ihre Namen ausfielen.

Die Abstimmung ergab schließlich folgende Zusammensetzung der

Kandidatenliste für die Nationalversammlung:

1. Eichhorn (326 Stimmen), 2. Haase (271 St.), 3. Laukant (265 St.), 4. Genossin Zietz (202 St.), 5. Herbst (203 St.), 6. Genossin Wengels (194 St.), 7. Dr. Weil (194 St.), 8. Dr. Weinberg (125 St.), 9. Genossin Fahrenwald (104 St.), 10. Hermann Müller (90 St.), 11. Schwahn (78 St.), 12. Clajus (53 St.), 13. Siegle (48 St.), 14. Thiele (30 St.).

Für die Wahlen zur

Preußischen Konstituante

wurde folgende Kandidatenliste aufgestellt:

1. Adolph Hoffmann (277 St.), 2. Leid (244 St.), 3. Dr. Rosenfeld (217 St.), 4. Dr. Oskar Cohn (217 St.), 5. Binkiewicz (209 St.), 6. Weyl (187 St.), 7. Paul Hoffmann (148 St.), 8. Genossin Reichert (146 St.), 9. Weise (136 St.), 10. Genossin Dr. Weyl (127 St.), 11. Genossin Lungwitz (117 St.), 12. Otto Meier (112 St.), 13. Genossin Fahrenwald (111 St.), 14. Dr. Weinberg (102 St.), 15. Boettcher (97 St.), 16. Schweickert (87 Stimmen), 17. Ruppert (76 St.), 18. Schwahn (74 St.), 19. [illegible] (58 St.), 20. Neulina (46 St.)

Genosse Weyer machte darauf noch auf den Aufruf im „8-Uhr-Abendblatt" aufmerksam, der zur Beteiligung der Bürgerlichen an der Sonntagsdemonstration aufforderte. Er knüpfte die Befürchtung daran, daß diese Demonstration zu Zusammenstößen führen könnte und empfahl den Teilnehmern an der Beerdigungsfeier für die Matrosen, sich entsprechend vorzusehen.

Endlich machte Genosse Küter noch Mitteilungen namens der Preßkommission über die „Freiheit". Er forderte zur lebhaften Beteiligung an der Gründung der Genossenschaft zur Herausgabe des Blattes auf und kritisierte die Haltung der Redaktion. Diese Kritik wurde auch von anderen Genossen unterstützt, wie auch verschiedene Klagen über die Zustellung laut wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Gegen ½9 Uhr abends erreichte die teilweise sehr bewegte Versammlung ihr Ende.

Was jeder von den Wahlen wissen muß.

Am 19. Januar 1919 wird nach der endgültigen Festsetzung die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung stattfinden. Es ist bekannt, daß diesmal alle männlichen und weiblichen Personen von mehr als 20 Jahren wahlberechtigt sein werden. Voraussetzung ist allerdings, daß eine Eintragung in die Wählerliste erfolgt ist. Die Wählerlisten werden in der Zeit vom 30. Dezember bis zum 6. Januar zur Nachprüfung ausliegen. Wo sie einzusehen sind, muß öffentlich bekanntgegeben werden. Es ist von größter Wichtigkeit, daß jeder Wahlberechtigte Einsicht in die Wählerlisten nimmt und, falls sein Name nicht darin enthalten ist, sofort Einspruch erhebt. Selbstverständlich ist es auch gestattet, daß man einen andern mit der Einsichtnahme in die Wählerliste beauftragt bezw. daß man selbst für einen andern nachsieht. Die Einsprüche sind an die Gemeindevertretung oder den von ihr ernannten Wahlkommissar zu richten.

Die Wahl erfolgt diesmal nach dem Verhältnissystem. Die Wähler haben ihre Stimmen nicht für einzelne Kandidaten, sondern für Kandidatenlisten abzugeben. Sie haben sich dabei an die Vorschläge zu halten, die vorher rechtzeitig und ordnungsgemäß eingereicht wurden. Ein Wahlvorschlag ist dann gültig, wenn er von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der wahlberechtigten Personen unterzeichnet ist, und er ist für diese Wahl rechtzeitig eingereicht, wenn er bis zum 4. Januar dem Wahlkommissar übergeben ist. Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. (Die Zahl dieser Abgeordneten ist bekanntlich in den verschiedenen Kreisen verschieden. So entfallen auf die Stadt Berlin 14, auf die früheren Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9 10, den früheren Wahlkreis Potsdam 10 (Teltow—Beeskow—Charlottenburg) 9 Abgeordnete). Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist außerdem eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Ist ein Kandidat auf mehreren Listen genannt worden, so hat er bis zum 12. Januar zu erklären, für welche Liste er sich entscheiden will.

Bekanntlich können auch verschiedene Listen miteinander verbunden werden. Das bedingt keine Verschmelzung der Listen, sondern nur eine Zusammenzählung der Stimmen bei der Ausrechnung des Wahlergebnisses. Parteien und Gruppen, die ihre Wahlvorschläge in dieser Weise verbinden wollen, haben das bis zum 12. Januar schriftlich dem Wahlkommissar mitzuteilen. Nachdem eine solche Listenverbindung einmal amtlich verkündet wurde, kann sie nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die Wahl erfolgt nach wie vor geheim. Innerhalb der Wahlkreise sind wieder Stimmbezirke zu bilden, an deren Spitze ein Wahlvorsteher steht. Die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Namen der Wahlvorsteher sind spätestens am 12. Januar bekannt zu geben.

Spätestens am 14. Januar muß der Wahlkommissar zusammen mit dem durch ihn zu ernennenden Wahlausschuß die Wahlvorschläge bekanntgeben und mitteilen, welche Listen miteinander verbunden sind.

Bei der Prüfung und Auszählung bleibt es im wesentlichen bei den früheren Bestimmungen. Das Wahlergebnis braucht allerdings in den einzelnen Stimmbezirken fortan nicht mehr notwendig schon am Wahltage selbst festgestellt zu werden, sondern es kann auch einen Tag später zur Ermittelung kommen. Drei Tage nach der Wahl soll der Wahlkommissar wenn möglich schon ein vorläufiges Resultat mitteilen. Am 25. Januar hat der Wahlausschuß zur Ermittelung des Gesamtergebnisses der Wahl zusammenzutreten.

Hier abtrennen!

An das

Postamt

hier.

Ohne Marke in einem Briefkasten Ihres Wohnortes zu werfen.

A. WERTHEIM

Glaswaren

Bierbecher glatt .... 48 65 Pf.
Likörgläser gepreßt 9 15 Pf., glatt 48 60 85 Pf.
Fußbecher geschliffen 1.55
Süßweingläser glatt .... 48 Pf.
Kompottschüsseln gepreßt, rund v. 40 Pf. bis 1.65
Zuckerdosen 1.95 2.55
Kristall-Süßweingläser 1.15
Kristall-Bierbecher .... 85 Pf. 1.15
Sektbecher .... 65 Pf.

Sylvester-Artikel

Knallbonbon in großer Auswahl mit Scherzartikeln u. Kopfbedeck. etc. v. 75 Pf. an
Tischfeuerwerk sort., i. Karton, Inh. 5 St. 1.10
Scherzhafte Knallartikel St. v. 15 bis 38 Pf.
Ulkplakate in Heften à 10 St. Inhalt . 85 Pf.
Gießblei i. Karton mit Scherzart. Dtz. 2.10

Gießblei Flachguss, in Tüten ... Dtz. 1.00
Luftschlangen Rollen .... 45 60 Pf.
Wattekugeln zum Werfen, in Tüten und Gazebeuteln ..... 75 80 Pf. u. 1.50
Allerlei Scherzartikel wie Zigaretten, Bleistifte, Vexiergläser, Konfekt u. Blasinstrumente
Girlanden u. Kopfbedeckungen in großer Ausw.

Neujahrspostkarten 3 Stück 10 Pf., 2 Stück 15 Pf., Stück 5 bis 22 Pf.
Neujahrskarten i. Kuvert 10 Stück 48, 90 Pf. bis 1.65
Kalender .... Stück 60 95 Pf. 1.30

Weißwein einschließlich Steuer

1916 Maikammerer .... 1/1 Flasche 5.10
1916 Osthofener .... " 7.35
1915 Binger Rosengarten " 8.75
1915 Oppenheimer Berg " 9.10

1916 Lieserer Kirchberg .... 1/1 Flasche 7.50
1915 Mehringer Hühnerberg . " 9.00
1915 Enkircher Hinterberg .. " 10.55

Rotwein einschließlich Steuer

1917 Dürkheimer Rotwein .. 1/1 Flasche 9.50
Roter Tafelwein .... " 12.00
Chât. La Tour de Mons } Bordeaux-Weine " 16.85
Chât. La Rose " 19.25

Schaumwein, Rum, Arrak, Punsch, Cognac, Liköre
In der Drogen-Abteilung **Alkoholfreie Punsche**

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Fried. Kayssler.
3 Uhr: Komödie der Liebe.
7½ Uhr: Maß für Maß.

Opernhaus
7 Uhr: Aida. Oper in 4 Akten (7 Bilder) von G. Verdi.
Montag: Fidelio. Op. in 2 Akten v. L. v. Beethoven.

Schauspiele
7 Uhr: Nathan der Weise. Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Lessing.
Mon.: Othello, d. Mohr v. Venedig. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Shakespeare.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ U.: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Dienstag 7½ Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Mittwoch, 1. Januar:
2½ Uhr: Hamlet.
7½ U.: Und das Licht scheinet in d. Finsternis.

Kammerspiele
Sonntag:
2½ Uhr: Minna von Barnhelm.
7½ Uhr: Der Sohn.
Dienstag 7½ U.: Die deutschen Kleinstädter.
Mittwoch, 1. Januar:
2½ Uhr: Frühlings Erwachen.
7½ Uhr: Der Sohn.

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstrasse 1, Port. 8
Sonntag:
2½ Uhr: Jugend.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.
Dienstag 7 U.: Der eingebildete Kranke.
Mittwoch, 1. Januar:
7½ Uhr: D. Büchse d. Pandora

Dir.: C. Meinhard — R. Bernauer
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Erdgeist.
3 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.
Schiffbauerd. 25 a. d. N. Wilhelmstr.
8 Uhr: Die tanzende Nymphe.
3 Uhr: Die Ehre.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten
3 Uhr: Die tolle Komteß.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
3 Uhr: Perleberg-Partie Piquet.
7½ Uhr: Der Schöpfer.
Montag: Der Marquis von Keith.
Dienstag: Der Schöpfer.
Mittw. Donn.: Der Schöpfer.
Freitag: Peer Gynt.
Sonnab. Sttg.: Der Schöpfer.
Montag: Der Marquis von Keith.

Deutsches Künstler-Th.
3 Uhr: Der Blaufuchs.
Heute u. folgende Tage 7½ Uhr: Nachtbeleuchtung.

Trianon-Theater.
Fbl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391.
7½ Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater.
Täglich 8 Uhr: „Der Lebensschüler".
Mittwoch, 1. Jan., nachm. ¼4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonnab., 4. Jan., nachm. ¼4 Uhr: Rotkäppchen.

Central-Theater.
7½ U.: Die Rose von Stambul

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ Uhr: Hannerl.
Das Dreimäderlhaus. II. Teil.
3 Uhr: Der Troubadour.

Deutsches Opernhaus Charlottenb.
7 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Kleines Theater.
3½ Uhr: Henriette Jacoby.
8 Uhr: Freie Knechte.

Komische Oper.
3½ Uhr: Schwarzwaldmädel
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus.
3½ Uhr: Die Amazone.
7½ Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
7½ Uhr: Die Faschingsfee.
3 Uhr: Wiener Blut

Neues Operettenhaus.
3½ Uhr: Der Soldat der Marie.
7½ Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater.
3½ Uhr: Der Struwelpeter.
7½ Uhr: D. Mikado m. Claire Dux.

Schiller-Theater Charlottenburg.
3 Uhr: Hans Sonnenstößers Höllenfahrt.
7½ Uhr: Alt Heidelberg.

Thalia-Theater.
3 Uhr: Unter der blühenden Linde.
7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Sbd. 3½ Uhr: Frau Holle.

Theater am Nollendorfplatz.
3½ Uhr: Eva.
7 Uhr: Das alte Dreimäderlhaus

Theater des Westens.
3½ Uhr: D. Dollarprinzessin.
7½ Uhr: Die lustige Witwe

Wallner-Theater.
3½ Uhr: Der Märchenwald.
7½ Uhr: Graf Habenichts.
Mittw. 3½ Uhr: Der Märchenwald

Rose-Theater.
3 Uhr: Der Trompeter von Säkkingen.
Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmst. Theat
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr: das 3aktige Volksstück
Die goldene Brücke
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Sonntag, 29. und am 1. Januar, Nachmittag 3½ Uhr
Friede auf Erden.

Hier abtrennen!

Hiermit bestelle ich ein Exemplar der Zeitung
„Die Freiheit"
Erscheinungsort Berlin.

Nicht-gewünschtes durch-streichen.
{ für das erste Quartal 1919 zum Preise von 6.— Mark
{ für den Monat Januar 1919 zum Preise von 2.— Mark
exklusive Bestellgebühr.

Der Bezugspreis einschließlich Bestellgeld ist durch den Briefträger von mir einzuziehen.

Name ....

Straße ....

Postamt ....

KAMMER LICHTSPIELE
Die Favoritin des Thronfolgers
Ein Film aus dem russischen Hofleben.
5 Akte.

U.T. UFA
Unter den Linden, Alexanderpl. Nollendorfpl.
Henny Porten im Schauspiel: „Die blaue Laterne" Regie Rudolf Biebrach
Weinbergsweg Hasenheide
Söhne des Volkes
Sozialist. Monumentalfilm von Sophus Michaelis und Ole Olsen mit Gunnar Tolnaes u. Lili Jakobsen.
Schöneberg
Der Rattenfänger
Die alte Sage neu erzählt von Paul Wegener. Hauptpersonen: Paul Wegener, Lyda Salmonowa.
Friedrichsfelderstrasse
Der Stellvertreter
Stuart Webbs 25. Abenteuer m. Ernst Reicher

MOZART SAAL
Der Trompeter von Säkkingen
von Joseph Viktor von Scheffel
4 Akte. — Bearbeitet von Franz Porten
Musik von Professor Ferdinand Hummel
Hauptrolle: **Paul Hartmann**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: August der Starke.
3 Uhr: Martha.

Cabaret Tivoli
Frankfurter Allee 287
Inh.: Rich. Dahlnier
Täglich:
Anfang 5 Uhr Spezialitäten u. Carl Lanzer, Sprecher d. Volkes
Freiheitlich-revolutionäre Vorträge.

Eintritt frei!
Kunst **Lieban-Kabarett** Humor
=Künstler-Diele=
Taubenstr. 34
Ab 4 Uhr: Orchester von 6—7½ Uhr
— das große Programm —
Ab 7½ Uhr: Tanz.
Echt russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Gebäck
Weine — Küche — Zivile Preise.

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-56
Direktion ALEX BRAUNE
5 Uhr
Das hervorragende Kabarettprogramm
Gyigyi-Konzerte.
Vorzügliche Küche. Getränke — Gebäcke
Sonntags Anfang 4 Uhr.

Wintergarten
Das grosse
Spezialitäten-Programm

APOLLO Theater
Dir. JAMES KLEIN
Allabendlich 7½ Uhr. Sonntags 3½ und 7½ Uhr
Die Welt geht unter!
Senta Söneland | Lucie Blattner
Franz Rauch | Fritz Beckmann
Fränze Bienke
NADCHURA'S Elefanten
ROSTON'S Affenmensch
Traneys Blumenkorso usw.
Sonntags 3½ jed. Erwachsene 1 Kind frei!

Warschauer Konzert-Hallen.
Berlin, Warschauer Str. 31 (am Bahnhof Warschauer Brücke).
Täglich: Künstler-Unterhaltungs-Konzert
unter Mitwirkung des Violinvirtuosen Horst Jung.
Anfang Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Eintritt frei!
Warme Küche. Kaffee auch in Kannen. Bestgepflegte Getränke.

PAUL CASSIRER VERLAG
Sozialistische Schriften zur Revolution
EDUARD BERNSTEIN
Staatenbund oder Völkerbund.
Preis 1.50 Mark.
Die Diagnose der Weltkrankheit und das Rezept zu dauernder Gesundung.

Weltbekannt und anerkannt
ist der Vervielfältigungs-Apparat
Schapirograph.
Wieder mit echten Glyzerin-Rollen lieferbar!
Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinenschrift oder Zeichnung. Einfachste und praktischste Handhabung. Billigster und bester Vervielfältigungs-Apparat.
Man verlange kostenfrei Prospekt und Druckproben.
A. Schapiro, Berlin C,
Stralauer Straße 56.

4000 Stück
Herren-Anker-Uhren
mit Leuchtblatt, Radiumpunkten u. Zeigern mit Sekunde
Genauer Gang **Stückpreis 7.50 M.** 1 Jahr Garantie
Während des ganzen Krieges millionenfach bestens bewährt
Reiche Auswahl in Herren-, Armband- und Damen-Uhren.
Deutschlands Uhren-Manufaktur
Leo Frank, Berlin C 19, Beuthstraße 4.
Auf Eingang achten, da Verwechslungen möglich!
Sonntag vor Weihnachten geöffnet.

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundung
Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (schnell u. schmerzlos)
Sanabo
D.R.P. No 289184
Erfolgreichstes Spül-Instrument bei Blasen-, Darm- u. **Harnleiden** aller Art.
Ohne Berufsstörung auch für Frauen
In Krankenhäusern, Lazaretten, Kliniken im Gebrauch.
Empfohlen von ersten Autoritäten.
Erhältlich für Aerzte oder auf ärztliche Verordnung:
„Sanabo" Berlin W., Bülowstr. 12, part. Fernspr.: Nollend. 560.
Aerztliche Sprechstunden 10—2, 6—8. Sonntags 11—1.
Prospekte

Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Möbel-Cohn
Im Osten Gr. Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: Badstrasse 47-48
Möbel auf Kredit
an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität;
Moderne Wohnungseinrichtung
schon **für 500 M.** Anzahlung.
Einzelne Möbel, farbige Küchen.
Riesen - Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen und größte Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
— Liefere auch nach auswärts. —
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.
Sonntag 9—10, 12—6 geöffnet

Zähne 2 Mark! 4.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähriger schriftlicher Garantie
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis
Spezialität: Zähne ohne Gaumen
Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Strasse 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Berliner Jubiläums-Lotterie
Ziehung schon 30. Dezember
100 000 Mk.
Alles bar zahlbar, wie üblich
Los 3 Mk., Porto und Liste 50 Pfg. mehr
10 gemischte Lose in feiner Brieftasche einschließlich Porto und Liste Mk. 30,50
Emil Haase & Co., Berlin 21, Bredowstr. 9
Unsere Läden: Königstr. 57, Wallstr. 1, Rosenthaler Str. 71, Müllerstr. 3b, Potsdamer Str. 23a

Das Weitertreiben der Revolution.

Von K. Kautsky.

I.

Nach der Auffassung der Spartakusleute unterscheiden sie sich von den anderen sozialistischen Richtungen dadurch, daß sie die Revolution weitertreiben wollen, während die Mehrheitssozialisten der Gegenrevolution huldigten und die Unabhängigen durch ihre Teilnahme an der Regierung aus Schwäche oder aus Unwissenheit wider ihren Willen die Gegenrevolution unterstützten. Danach besäße die Revolution außerhalb des Spartakusbundes keine sichere Basis mehr.

Doch so klein diese Basis augenblicklich sein mag, die Spartakusleute sind überzeugt, sie werde und müsse rasch wachsen. Noch jede Revolution habe mit der Herrschaft der gemäßigsten unter den Revolutionären begonnen, an deren Stelle immer radikalere Elemente traten, bis die Radikalsten schließlich die Oberhand gewannen. So werde es auch diesmal gehen. Auf die erste gemäßigte Phase der Revolution müsse naturnotwendig die zweite, die radikale, folgen.

Ehe wir uns daran machen, diese Behauptung zu prüfen, müssen wir uns darüber klar werden, was wir unter dem Weitertreiben der Revolution zu verstehen haben. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß sie noch nicht zum Abschluß gelangt ist, daß sie erst in ihren Anfängen steht, politisch wie sozial.

Die Militärautokratie ist niedergeworfen, die jedem Fortschritt bisher im Wege stand, jedoch der alte Verwaltungs- und Herrschaftsapparat im Staate und der Armee fungiert weiter. Man stand vor der Wahl, ihn mit einem Schlage zu zertrümmern, damit auch jede Demobilisierung, jede Verwaltungstätigkeit im Staat, ja das ganze gesellschaftliche Leben unmöglich zu machen, oder ihn und damit die Grundlagen des alten Regimes, das uns in den Abgrund gestürzt hat, weiter fortbestehen zu lassen und auf diese Weise die Revolution auf einen vorübergehenden Rollenwechsel zu beschränken. Aus dieser verzweifelten Alternative halfen uns die Arbeiter- und Soldatenräte heraus, die es durch ihre Kontrolle ermöglichten, daß der alte Staatsapparat weiter funktionieren konnte, ohne die Gegenrevolution herbeizuführen.

Doch dieser Zustand kann nur ein vorübergehender sein. Der bisherige Staatsmechanismus muß völlig umgestaltet, die Bureaukratie ihrer Macht und vieler ihrer Funktionen entkleidet und unter die Kontrolle demokratisch erwählter Volksvertretungen in der Gemeinde, den Provinzen, den Bundesstaaten, dem Reiche gestellt werden. Gleichzeitig ist das Reich einheitlicher zu gestalten, das Uebergewicht Preußens ist zu brechen durch seine Zerspaltung aus einem Bundesstaat in etwa drei, die Kleinstaaterei durch Zusammenschluß in größeren Gebilden zu beseitigen, die Reservatrechte Bayerns und Württembergs, die Souveränitätsrechte der Bundesstaaten aufzuheben. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika sind Föderativstaaten mit weitestgehender Selbständigkeit der Bundesglieder. Aber es fällt heute dem Kanton Bern nicht ein, einen Gesandten im Kanton Zürich zu unterhalten oder einen eigenen Gesandten nach Paris zu entsenden. Ebensowenig werden sich Texas oder New York etwas derartiges gestatten. Auch die Staatsbahnen sind in der Schweiz Bundesbahnen, nicht Kantonalbahnen.

Das Deutsche Reich zum mindesten zur Einheitlichkeit der Schweiz oder der Vereinigten Staaten zu erheben, wenn im Augenblick nicht mehr an Einheitlichkeit erreicht werden kann, ist eine ebenso dringende Aufgabe wie die weitestgehende Demokratisierung des Reichs in allen seinen Gliedern.

Das ist die eine Aufgabe der Weiterführung der Revolution. Die andere Aufgabe ist sozialer Natur. Durch weitgehende soziale Reformen, staatliches Eingreifen in die Produktion, in das Wohnungswesen, in den Verkehr ist die Lage der großen Volksmassen, des Produzenten wie des Konsumenten, so weit zu heben, als es unter den gegebenen Produktionsverhältnissen möglich ist. Gleichzeitig aber muß alles aufgeboten werden, um die bestehende kapitalistische Produktionsweise so rasch als möglich in die sozialistische zu überführen und damit die letzte Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

Diese zweite, die soziale Aufgabe der Weiterführung der Revolution ist noch weit wichtiger als die erste, die demokratische, aber auch weit schwieriger. Kann man den Staat mit einem Mechanismus vergleichen, so ähnelt die Gesellschaft mehr einem Organismus. Dieser ist komplizierter, weniger leicht zu durchschauen und weniger rasch umzuwandeln. Das besagt jedoch nur, daß man die soziale Umwandlung sorgfältig vorbereiten muß, daß man sie nicht ins Blaue hinein vornehmen darf, es besagt nichts gegen die Notwendigkeit, alle Energie, über die man verfügt, an diese Umwandlung zu setzen.

In dieser Auffassung der Weiterführung der Revolution treffen wir uns mit den Mehrheitssozialisten.

Sicher gehen viele Mehrheitssozialisten behutsamer vor, als uns Unabhängigen lieb ist und als uns durch die Umstände geboten scheint. Aber es wäre lächerlich, den Unterschied im revolutionären Tempo als den Unterschied von Revolution und Gegenrevolution erscheinen lassen zu wollen.

Anders dagegen faßt der Spartakusbund die Weiterführung der Revolution auf. Er verlangt nicht nach der Konsolidierung der Demokratie, sondern nach dem gewaltsamen Sturz der jetzigen Regierung, sowie jeder weiteren Regierung, bis der Spartakusbund genügend Kraft erlangt, selbst die Staatsmacht zu ergreifen. Da aber die Demokratie hinter der bestehenden Regierung zu stehen scheint, verlangt er auch die Aufhebung der Demokratie.

Die soziale Weiterführung der Revolution stellt sich aber der Bund nicht in der Weise vor, daß nach sorgfältiger Vorbereitung ein Produktionszweig nach dem andern durch das Eingreifen der von den Arbeitern abhängigen Staatsgewalt planmäßig sozialisiert wird, sondern daß sofort und planlos die Arbeiter ununterbrochen durch stete Streiks und das Aufstellen unerfüllbarer Forderungen in allen Produktionszweigen gleichzeitig jegliche Produktion unmöglich machen. Die Steigerung des Notstands muß nach der Ansicht der Spartakusleute die revolutionäre Temperatur zur Siedehitze steigern. Wie aus diesem siedenden Hexenkessel die gesellschaftliche Ordnung der Produktion hervorgehen soll, ist bis zur Zeit Geheimnis des Spartakusbundes geblieben. Auf jeden Fall ist seinen Mitgliedern noch nicht die Erkenntnis aufgedämmert, daß nach der Revolution der Streik eine ganz andere Wirkung hat, als vor der Revolution.

Bei alledem sind sie sich dessen wohl bewußt, daß ihre Methoden beständiger ökonomischer Unruhen es unmöglich machen, den Volksmassen Nahrung, Kleidung, Wohnung zu schaffen, indes gleichzeitig in den Staaten des Westens, in Frankreich, England, Amerika, die Produktion wieder in die alten Bahnen einlenkt. Damit ersteht die Gefahr, daß die Arbeiter im sozialistischen Deutschland schlechter ernährt, gekleidet, behaust sind als in kapitalistischen Staaten. Das ist eine schwere Gefahr für den internationalen Sozialismus, dessen Werbekraft nicht gewinnen würde, wenn das Regime des Sozialismus in Deutschland für den Arbeiter bloß Elend und Not bedeuten würde.

Dieser Gefahr suchen sie vorzubeugen dadurch, daß sie die Weltrevolution verlangen. Sie erwarten nicht etwa, daß sie von selbst ausbrechen werde — nicht das mindeste deutet darauf hin. In einem siegreichen Lande sind die Volksmassen anders gestimmt als in einem besiegten. Da die Weltrevolution von selbst nicht kommen will, verlangen sie nach ihrer gewaltsamen Herbeiführung. Wie das geschehen soll, ist ebenfalls wieder das Geheimnis des Spartakusbundes oder vielleicht gar noch ein Geheimnis für ihn selbst. Eines aber ist klar: Das Anstreben der Weltrevolution heißt das Streben, die auswärtigen, siegreichen Regierungen zu stürzen. Dies Streben ist aussichtslos, aber leider nicht in gleichem Maße harmlos. Die siegreichen Regierungen sind ebenso Gewaltsmenschen wie die Spartakusleute, und deren Sieg in Deutschland bedeutete erneuten Krieg mit der Entente. Lenin hat bereits drei Millionen Mann und reiche Lebensmittel zu diesem Zweck versprochen, doch hat er nicht gezeigt, wo in Rußland diese Armeen und Vorräte verborgen sind.

Weiterführung der Revolution im Spartakussinne heißt also nicht Durchführung und Befestigung der Demokratie und planmäßige Sozialisierung der Produktion, sondern Aufhebung der Demokratie, stete Störung der Produktion und als Beigabe noch Erneuerung des Kriegs. Das alles aber soll notwendig sein für die Revolution, weil es ein Naturgesetz sei, daß in revolutionären Zeiten immer die weniger radikalen von den radikalen Parteien abgelöst werden und nur die radikalste Partei die Revolution zum völligen Siege bringen könne. Der Sieg des Spartakusbundes würde den Gipfel der Revolution bilden — ihm gegenüber sei jedes andere Streben gegenrevolutionär.

Diese Auffassung stützt sich, abgesehen von leeren Gerüchten über gegenrevolutionäre Komplotte der Mehrheitssozialisten, auf kein einziges Argument der Gegenwart, sondern nur auf die Vergangenheit, auf die Geschichte der Revolutionen. Sie übersieht gänzlich den Unterschied von einst und jetzt.

II.

Die bisherigen Revolutionen der letzten Jahrhunderte waren alle bürgerlichen Ursprungs. Da aber die Bourgeoisie für sich allein nur geringe Kampffähigkeit besitzt, wurden alle diese Revolutionen herbeigeführt durch das energischste Eingreifen der unterhalb der Bourgeoisie stehenden Volksklassen, des Kleinbürgertums und des Proletariats. Zunächst bemächtigte sich die Bourgeoisie der Staatsgewalt und wendete sie zu ihren Zwecken an. Das konnte das Kleinbürgertum und das Proletariat nicht befriedigen, die in den revolutionären Kämpfen ihre Kraft kennengelernt hatten. Sie gebrauchten sie dazu, die Bourgeoisie weiterzutreiben, um schließlich eine den ärmeren Volksklassen ergebene Regierung einzusetzen. Auf diese Weise wurde die Revolution durch den Kampf der Klassen naturnotwendig weitergetrieben und radikalisiert. So folgte auf 1789 der Sieg der Bergpartei; es folgte in Frankreich auf den 4. September 1870 der 18. März 1871, es folgte 1917 in Rußland der Märzrevolution die Novemberrevolution. Daher nehmen die Spartakusleute und ihre Freunde an, auch die jetzige Revolution könne bei ihrer ersten Phase nicht stehen bleiben, sie müsse in eine zweite eintreten, und die könne nichts anderes darstellen als den Sieg der radikalsten Partei, des Spartakusbundes.

Die Spartakiden sollten etwas vorsichtiger sein mit ihrer Methode, frühere und fremde Schablonen unbesehen auf die Jetztzeit und auf Deutschland anzuwenden. Eben haben sie mit dem blindlings von Rußland übernommenen Rufe: „alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ elend Schiffbruch gelitten. Die jetzige Revolution in Deutschland hat ihre eigenen Gesetze.

Von allen bisherigen Revolutionen unterscheidet sie sich dadurch, daß sie schon in ihrem Beginn eine proletarische und sozialistische ist. Hinter dem Proletariat steht jedoch keine weitere unterdrückte und ausgebeutete Klasse, die ihrerseits ein Interesse daran haben könnte, das neue Regime zu stürzen. Eine Klasse, die im Gegensatz zu der augenblicklich an der Staatsmacht befindlichen die Revolution weiter treiben wollte und müßte, fehlt diesmal vollständig. Im Gegensatz zu den früheren Revolutionen kann also dies Weitertreiben der jetzigen deutschen nicht durch einen Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat erfolgen. Jeder Versuch des Weitertreibens der Revolution durch gewaltsamen Sturz der Revolutionsregierung der ersten Phase bedeutet vielmehr einen Kampf innerhalb der revolutionären Klasse selbst.

Zu einem solchen Kampf innerhalb der radikalsten Revolutionspartei, der Bergpartei, kam es auch in der großen französischen Revolution jedoch erst in einem Zeitpunkt, als jedes Weitertreiben unmöglich geworden war, unmittelbar vor ihrem Zusammenbruch. Im März 1794 wurden die Hebertisten von Robespierre aufs Schaffot geschickt, im April die Dantonisten; im Juli stürzte er selbst und die Gegenrevolution setzte ein.

Beim Weitertreiben der Revolution kann es sich also jetzt nicht um einen Kampf einer unterdrückten gegen eine unterdrückende Klasse, sondern nur noch um einen Kampf verschiedener Methoden und Anschauungen innerhalb derselben Klasse handeln. Damit ist keineswegs gesagt, daß es immer die höchststehende sein müsse, die die niedriger stehende zurückdrängt, aber auch nicht, daß die radikalere notwendigerweise siegen müsse. Die historischen Erfahrungen sagen über den jetzigen Fall gar nichts, der keine Präzendenzien hat.

Die Unterschiede zwischen den proletarischen Parteien können theoretische sein. So zerfielen z. B. die Mitglieder der Pariser Kommune von 1871 in nicht weniger als vier verschiedene Gruppen. Einmal die Jakobiner, die auf dem Standpunkt der Bergpartei von 1793 stehen geblieben waren, Verfechter der politischen Herrschaft der unteren Volksklassen, aber ohne Interesse für den Sozialismus. Neben ihnen die Blanquisten, die sich von den Jakobinern dadurch unterschieden, daß sie die politische Macht in sozialistischem Sinne ausnutzen wollten. Sie hatten aber gar kein bestimmtes sozialistisches Programm und kein Interesse für ökonomische Dinge. Mit den Jakobinern konzentrierten sie sich auf die radikale Republik und die Pfaffenfresserei. Ausübung der politischen Macht durch stärkste politische Zentralisation und rücksichtslosen Terrorismus war die Methode, die sie mit den Jakobinern gemein hatten.

Ihnen gegenüber standen die Proudhonisten, die ganz im Oekonomischen aufgingen, ihr Augenmerk vornehmlich auf die ökonomische Befreiung des Proletariats richteten und geringes politisches Interesse bekundeten. Sie waren Gegner jeder Gewalttat und widerstrebten der politischen Zentralisation in dem Maße, daß sie die Auflösung Frankreichs in einen Haufen selbständiger Gemeinden forderten. Doch waren die Proudhonisten in den letzten Jahren des Kaiserreichs in einem Wandlungsprozeß begriffen, unter dem Einfluß der Internationale, der sie angehörten, und ihres vornehmsten Kopfes, Karl Marx. Ein Teil der Internationalisten, die man als eine besondere, die vierte Gruppe ansehen kann, kam den Marxschen Anschauungen sehr nahe, begriff die Bedeutung der politischen Macht für die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse und sah die Notwendigkeit der Einheitsrepublik ein, innerhalb deren es allerdings an Stelle des Zentralismus die Selbstverwaltung der Gemeinde forderte. Er verwarf den Terrorismus.

Diese Internationalisten bildeten der Zahl nach den schwächsten Teil der Kommune, dabei aber denjenigen, der am eifrigsten arbeitete und die Situation am besten begriff. Auf ihn sind die wirklichen Leistungen der Kommune zurückzuführen, ihn hatte Marx vor allem im Auge, als er in seiner Schrift über den Bürgerkrieg in Frankreich das Wirken der Kommune beschrieb.

Doch nur weniges konnte die kleine Fraktion durchsetzen, und das nur mühsam, in stetem Kampf namentlich gegen die Jakobiner und Blanquisten. Die wenigen Wochen der Lebensdauer der Pariser Kommune waren erfüllt von wütenden inneren Kämpfen der drei Fraktionen untereinander, Kämpfen, die zur Auflösung der Kommune nicht wenig beitrugen, in keiner Weise aber ein Weitertreiben der Revolution bewirkten.

Allerdings standen die verschiedenen Fraktionen bei aller Gegensätzlichkeit dem gemeinsamen bürgerlichen Feind geschlossen gegenüber. Nie haben sie einander anders als mit Worten befehdet, und in den Kampfespositionen, auf die sie gestellt waren, haben sie alle gleich bis zum Ende ausgehalten, ohne Unterschied der Richtung. Das proletarische Klassenbewußtsein erwies sich bei ihnen stärker als alle Gegensätze der Anschauungen und Methoden.

Heute sind wir theoretisch weiter als damals. Wir stehen alle auf dem gleichen Boden des Marxismus; wir unterscheiden uns im wesentlichen nur durch Verschiedenheiten der Auslegung und Anwendung der gleichen Grundsätze. Die Extreme dabei kann man in der Weise kennzeichnen, daß die einen sich noch nicht völlig von bürgerlichen Denkweisen losgelöst haben und der bürgerlichen Welt noch starkes Vertrauen entgegenbringen, deren innere Kraft sie auch überschätzen. Die andern wieder stehen der bürgerlichen Welt völlig verständnislos gegenüber, betrachten sie als Gehege von Schurken. Sie mißachten ihre geistigen und ökonomischen Leistungen und glauben, die Proletarier vermöchten ohne jedes Fachwissen und ohne jegliche Vorbereitung sofort alle politischen und ökonomischen Funktionen zu übernehmen, die von den bürgerlichen Gewalten bisher ausgeübt wurden.

Zwischen diesen beiden Extremen finden wir diejenigen, die die bürgerliche Welt studiert und begriffen haben, die ihr selbständig und kritisch gegenüberstehen, aber auch ihre Leistungen zu würdigen wissen und die Schwierigkeiten der Aufgabe, sie durch eine höhere Ordnung zu ersetzen, erkannt haben. Dieses marxistische Zentrum muß ebenso auf der einen Seite die Zaghaften anspornen, die Vertrauensseligen zur Kritik aufrufen, wie es auf der andern Seite das blinde Drauflosstürmen der Unwissenden und Gedankenlosen zu zügeln hat. Es fällt ihm die widerspruchsvolle Aufgabe zu, gleichzeitig vorwärts zu treiben und zu bremsen.

Diese drei Tendenzen sind es, die innerhalb des Proletariats mit einander ringen. Mit Klassenunterschieden und Klassengegensätzen haben sie gar nichts zu tun, und es liegt nicht die geringste innere Notwendigkeit vor, daß gerade die am entschiedensten vorwärts treibende siegen muß, und schon gar nicht die Notwendigkeit, daß sie die höchste Form der Bewegung darstellt.

Im Gegenteil. Das Zentrum wird am ehesten intellektuell am höchsten stehen. Freilich ist damit nicht gesagt, daß es sich in der Revolution siegreich behaupten muß. In revolutionären Zeiten kommen die großen ungeschulten Massen in Bewegung, die nicht fein unterscheiden. Die werden am ehesten von den Extremen angezogen. Marx und Engels fanden sich 1849 in der Emigration völlig isoliert, abgestoßen sowohl von den bürgerlichen Radikalen wie von den sozialistischen Revolutionären. Ebenso wendeten sich nach dem Fall der Pariser Kommune von 1871 die radikalen Blanquisten und Bakunisten wie die zahmen Sozialliberalen gegen Marx und Engels und isolierten sie in der Internationale. So haben auch kürzst die zur Zeit klarsten Köpfe des russischen Marxismus, die Axelrod und Martoff, ihren Einfluß auf die Massen in hohem Grade verloren.

III.

Wie der Kampf zwischen den Extremen auf die Revolution zurückwirken wird, hängt vor allem davon ab, in welcher Weise sie ihn führen. Durchbricht er nicht die einheitliche proletarische Front, führt er bloß dazu, daß die Linke die Rechte vorwärtstreibt und die Rechte die Linke von Unbesonnenheiten und Illusionen abhält, dann kann er die Revolution beleben und befruchten.

Ganz anders, wenn er dazu führt, daß die extreme Linke die Rechte in einem Bürgerkrieg gewaltsam niederwirft und damit die „zweite Phase“ der Revolution einleitet.

Wodurch würde sie ihren Sieg erfechten, die Massen für sich gewinnen? Durch Versprechungen, die deshalb weiter gehen, als die des anderen Teils, weil sie absehen von allen ökonomischen Realitäten, weil sie inmitten allgemeiner Armut an Produkten und allgemeiner Einschränkung der Produktion den Massen eine Fülle von Produkten versprechen. Weil sie absehen von der Notwendigkeit des Wissens und den bisher in Unwissenheit erhaltenen Proletariern einreden, sie vermöchten ohne weiteres die höher gebildeten Klassen in allen Funktionen zu ersetzen.

Ein anderer Faktor, der den Extremen von links zum Siege verhelfen könnte, bestünde darin, daß sie eine Arbeiteraristokratie für sich gewännen. Stets gibt es Arbeiterschichten, die stärker sind als andere und eine bessere Lebenslage zu erringen verstehen auf Kosten ihrer benachteiligten Brüder. Vor der Revolution erreichten sie das durch Gewinnung des Wohlwollens der Kapitalisten. Die Möglichkeit einer anderen Arbeiteraristokratie ersteht in der Revolution. Auf der einen Seite finden wir da der unbewaffneten Zivilbevölkerung gegenüber bewaffnete Proletarier. Diese sind stärker als jene und es liegt für die extremen Revolutionäre nahe, sie dadurch zu gewinnen, daß sie ihnen außerordentlich günstige Einkünfte gewähren, die heute, wo die kapitalistischen Profite so niedrig sind, auf Kosten der Arbeiterbevölkerung aufzubringen

politischem Charakter, die in der kapitalistischen Aera von ihrem Besitzer benutzt wurden, die Allgemeinheit zu schröpfen. Jetzt in der Revolution können ihre Arbeiter die Machtposition, die sie erlangt haben, dazu benutzen, auf Kosten der Gesamtheit außerordentliche Löhne einzuheimsen. Wenn man den Arbeitern der Kohlengruben den Gemeinsinn anredet, wenn man sie antreibt, zu streiken und Löhne zu fordern, die die Kohlenpreise in die Höhe treiben, ohne sich zu fragen, ob dadurch die Industrie zum Stillstand, das Volk zum Frieren gebracht wird, so kann man wohl in den Kohlengräbern einen gewaltigen Machtfaktor für sich gewinnen.

Aber es ist klar, daß alle diese Methoden, die Revolution weiter zu treiben, in Wirklichkeit nichts anderes bewirken können, als ihre Herabdrückung auf eine tiefere Stufe. Sie bedeuten nichts als die Spekulation auf Unwissenheit, Gedankenlosigkeit, Leichtfertigkeit und Selbstsucht.

Diese Degradation entspricht es auch, wenn die politischen Kampfmittel der extremen Linken immer primitiver werden. Nachdem Marx und Engels, Bebel und Liebknecht Jahrzehnte lang gekämpft, um den Arbeitermassen die Erkenntnis beizubringen, daß in den Händen eines politisch reifen Proletariats der Stimmzettel, wie Marx sich ausdrückte, aus einem Mittel der Prellerei zu einem Mittel der Befreiung wird, verfechten die Spartakusleute heute wieder den alten Antiparlamentarismus. Und nicht einmal den Antiparlamentarismus der Syndikalisten, die die gewerkschaftliche Organisation zum Werkzeug der Befreiung der Arbeiter zu machen suchen. Von den Gewerkschaften ebenso enttäuscht wie vom Parlamentarismus, setzen sie alle ihre Hoffnungen auf die Arbeiter- und Soldatenräte. Nun auch dabei in ihren Erwartungen getrogen, bleibt ihnen nichts mehr übrig, als die „Straße". Die Straße soll das neue Deutschland, soll die neue Gesellschaft aufbauen. Die Straße, das heißt diejenigen Arbeiterschichten, die es bisher noch zu keiner Organisation gebracht hatten. Nicht aus den Arbeiterorganisationen soll der Sozialismus, die Organisation der Produktion und die Demokratie, die Neuorganisation des Staates, hervorgehen; diese neuen Ordnungen sollen geschaffen werden von jenen, die noch zu keiner Organisation fähig waren.

Die Herrschaft der Unorganisierten über die Organisierten, der Unwissenden über die Unterrichteten, der Selbstsüchtigen über die Selbstlosen — das bedeutete unter den heute gegebenen Bedingungen die „Weiterführung" der Revolution. Es hieße nichts anderes, als die Revolution degradieren. Und diese Degradation wäre nur die Vorstufe zu völligem Ruin.

Denn der geschlossenen bürgerlichen Masse gegenüber kann sich das Proletariat nur behaupten, wenn es selbst geschlossen bleibt und alles aufbietet, was es an Intelligenz, an Selbstlosigkeit, an Organisation aufzubringen vermag.

Eine Sekte des Proletariats, die nur ans Ruder zu kommen vermag durch Zerstörung aller dieser Faktoren, gräbt der Revolution das Grab.

Doch glücklicherweise besteht keinerlei Notwendigkeit dafür, daß diese Sekte auch wirklich zur Macht kommt. Wir haben schon gesehen, daß in der proletarischen Revolution die Dinge anders liegen, als in der bürgerlichen, in der die Ablösung gemäßigter durch radikalere Parteien eine Notwendigkeit war, die aus den Bedingungen des Klassenkampfes hervorging. Die gemäßigteren und die radikalen Elemente die augenblicklich in Deutschland um die Macht kämpfen, stellen nicht verschiedene Klassen dar, sondern nur verschiedene Elemente derselben Klasse. Welche dieser Elemente siegen werden, das hängt von der Reife des deutschen Proletariats ab.

Ist es aber diesmal nicht notwendig, daß die „radikalere" Partei die gemäßigtere besiegt, so ist damit auch gesagt, daß die weitere Phase des Ganges der bürgerlichen Revolutionen in der jetzigen deutschen Revolution nicht notwendig eintreten muß: die Gegenrevolution.

In den bürgerlichen Revolutionen war es unvermeidlich, daß die bürgerlichen Elemente früher oder später durch ganz oder halbproletarische Elemente in der Macht abgelöst wurden, aber ebenso unvermeidlich, daß diese unmögliches versuchten, weil ökonomisch nur die bürgerliche Gesellschaft möglich war. Ebenso notwendig, wie die zweite Phase der Revolution mußte daher auch ihre dritte eintreten, der Zusammenbruch des proletarischen Regimes, die Gegenrevolution.

Diese Notwendigkeit liegt heute nicht vor. Oekonomie und Proletariat sind heute in Deutschland reif zur Sozialisierung. Aber auch die Wissenschaft ist seit der bürgerlichen Revolution vorgeschritten. In der großen französischen Revolution und auch noch 1871 ahnten die Massen noch nichts davon, daß ihre Befreiung an bestimmte ökonomische Bedingungen geknüpft, daß die Gesellschaft in steter Entwicklung begriffen sei und bestimmte Entwicklungsphasen sich nicht beliebig überspringen lassen. Sie glaubten noch, mit Gewalt ließe sich alles erreichen, nur auf die Gewinnung der Gewalt käme es an.

Seitdem haben wir die große Lehre unserer großen Meister Marx und Engels kennen gelernt. Wohl ist sie, wie gerade die letzten Jahren zeigten, vielfach unverstanden geblieben und nur in Aeußerlichkeiten aufgenommen worden, aber sie hat doch die Notwendigkeit der Erkenntnis des ökonomischen Unterbaues der Gesellschaft weiten Kreisen nahegelegt und diese Erkenntnis gefördert.

Wie weit sie gediehen ist, das wird sich jetzt zu bewähren haben. Je tiefer sie gedrungen ist, desto eher wird das Proletariat in der Lage sein, sich stets nur Aufgaben zu setzen, die unter den gegebenen Bedingungen gelöst werden können. Es wird alle Kraftverschwendung und alle Rückschläge vermeiden, die mit dem Anstreben von Unmöglichem verbunden sind, es wird aber gerade dadurch das jeweilig Erreichbare mit umso größerer Konzentration von Kraft anstreben, es umso rascher und zweckmäßiger durchsetzen und wird es dauernd behaupten können.

Mit Versuchen einer Gegenrevolution müssen wir natürlich stets rechnen. Wir müssen ihnen gegenüber wachsam und gewappnet sein. Aber so steht es diesmal nicht, daß die Gegenrevolution sein muß, daß das proletarische Regime von vornherein dazu verurteilt sei, eine vorübergehende Erscheinung zu bilden.

Behauptet sich aber das proletarische Regime in Deutschland, dann wird und muß es von selbst die Revolution weiter treiben, durch die unwiderstehlichste aller Kräfte, die Logik der Tatsachen. Dann muß nicht nur die Sozialisierung der Betriebe, sobald die ersten Schwierigkeiten überwunden und Erfahrungen gesammelt sind, ein rascheres Tempo annehmen. Dann kann auch die Rückwirkung auf die übrige zivilisierte Welt nicht ausbleiben. Dann wird die Bewegung des Proletariats überall unwiderstehlich werden, seine politische Macht überall wachsen, die Sozialisierung überall in Angriff genommen werden müssen. Die sozialistische Weltrevolution wird dann zur Tatsache werden, ohne Emissäre, ohne Verschwörungen, ohne Kriegszustand mit den Mächten des Auslandes.

Vorbedingung ist allerdings, daß das Proletariat in Deutschland am Ruder bleibt, was nur möglich ist, wenn es geschlossen der bürgerlichen Welt gegenübersteht. Versuche, die Revolution weiter zu treiben durch Methoden, die seine Geschlossenheit zerreißen, treiben die Revolution nicht vorwärts, sondern abwärts, moralischem und ökonomischem Verfall und schließlichem Untergang entgegen.

Stimmen der Vernunft.

Man könnte mitunter den Eindruck gewinnen, daß der Siegestaumel in den Ententeländern alle Kreise und Parteien ergriffen habe und der nationalistische Ueberschwang die Vernunft und den Willen zur Verständigung kaum aufkommen lasse. Daß dem nicht so ist, beweisen aber doch die auf Umwegen aus dem Auslande intreffenden Blätter. So wird uns aus ihnen eine Reihe von Auszügen zur Verfügung gestellt, in denen sehr ruhige und anständige Aeußerungen enthalten sind. So schrieb beispielsweise Paul Mistral in der „Humanité" vom 1. Dezember:

„Heute, wo das Glück sich gewendet hat, wo die Lage der Mittelmächte dieselbe geworden ist wie diejenige Rußlands und Rumäniens, will man mit der Macht Mißbrauch treiben, erobern, annektieren, Völker vergewaltigen, kurz auf preußische Art haushalten, nach der Methode Bismarcks, nach der Art der „Boches"! Wo bleiben die Proteste der Entente im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit? Was ist aus der Zustimmung zum Wilsonfrieden geworden, zu der man sich in der letzten Alliiertenkonferenz in Versailles entschlossen hatte? Oder sind das vielleicht schon „Papierfetzen" geworden? Will man unser Land auf die Stufe desselben Verbrechens herabwürdigen, mit dem man diejenigen beschuldigt, die man für diesen Krieg verantwortlich machen will? Das republikanische, demokratische und sozialistische Frankreich, wird es sich mitreißen lassen auf dem Wege des willkürlichen Imperialismus, des brutalen Militarismus, und dadurch die Schuld neuer Katastrophen auf sich laden wollen?

Nein. Was es auch kosten möge, wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Front machen gegen den blöden und verbrecherischen Chauvinismus und gegen die losgelassene Begierde und Rachsucht.

Wir können es ruhig heraussagen, daß wir die Gerechtigkeit wollen, die volle Gerechtigkeit. Wir werden mit aller Kraft dagegen kämpfen, daß unser Land nicht abermals in neue, blutige Abenteuer gestürzt wird. Wir werden auch nicht vergessen, daß die elsaß-lothringische Frage ein Hauptfaktor des französisch-deutschen Konfliktes ist. Und wir wollen in Europa kein neues Elsaß-Lothringen und neue Irredenten, woraus neue Verbrechen entstehen könnten."

Der „Eclair", das bekannte Pariser Organ, besprach am 30. November das Gerücht, daß die Entente den Frieden nicht in Verhandlungen abschließen, sondern diktieren will und knüpft daran folgende Warnung:

„Wir möchten nur bemerken, daß der Friedenskongreß oder die Alliierten-Konferenz, wie man es nennen will, nicht nur die „Deutsche Abrechnung" zu behandeln hat. Wenn er nicht seine Pflicht versäumen will, so muß er auch den menschlichen Frieden, den endgültigen Frieden unter allen Nationen organisieren.

Und wer will daran zweifeln, daß er dieses hohe Ziel auch erreichen könnte?

Diejenigen Regierungen, die diese Hoffnungen zuschanden machen würden, übernähmen dadurch die große Verantwortung, den Extremisten des Volkes den fürchterlichen Vorwand in die Hand zu spielen, den Lauf des Fortschritts auf dem gefährlichen Weg des Klassenkampfes aufzuhalten."

Die englische „Labour Party" hatte in ihrem Wahlprogramm in erster Linie den Wunsch nach einem Verständigungsfrieden geäußert:

„Der Friede, den die Arbeiterpartei verlangt, ist ein Frieden internationaler gemeinsamer Mitarbeit. Die Partei ist entschieden gegen die Geheimdiplomatie und gegen jegliche Form des Wirtschaftskrieges und verlangt als einen wesentlichen Teil des Friedensvertrages eine internationale Arbeitsordnung, die dem Bau der „League of Free Peoples" einverleibt ist."

Die „Daily News" vom 28. November bekämpften in einem Artikel Lord Churchill, der im selben Atem erklärte, Vorkämpfer der „League of Nations" und der absoluten Handhabung der englischen Seeherrschaft zu sein. Die „Daily News" schrieben:

„Wir haben den Krieg gewonnen. Wir haben den Frieden noch nicht gewonnen. Die „League of Free Peoples", auf die Präsident Wilson all seine Anstrengungen gründete, und welche von demokratischen Parteien unseres Landes in den Vordergrund ihres Programms gestellt wird, schwebt noch stets im Ungewissen. Es gibt noch keine Gewißheit, ob die jetzigen politischen Führer dieses Landes eine Welt wollen, die für den Frieden organisiert ist oder eine, die für den Krieg organisiert ist. Mr. Churchill redet über die Notwendigkeit der britischen Seeherrschaft im Völkerbund als Schutz gegen wen? Amerika? Japan? Die Demokratie gipfelt in einer allgemeinen Abrüstung, denn entweder muß es Rüstung und Bankerott geben oder Abrüstung und die Vollendung derjenigen sozialen Reformen, ohne die freie Bürger die Tore zu einem freien Leben für immer verschlossen finden Land und für die ganze Welt."

Der „Manchester Guardian" vom 27. November besprach die Mitteilung der englischen Regierung, daß die Zensur der Pressetelegramme bestehen bleiben solle bis nach dem Friedensschluß. Er kritisierte diese Maßnahme wie folgt:

„Vor einigen Tagen erklärte der Kanzler (Lord Chancellor), daß die Regierung das Vorhaben hätte, die Zensur zu benützen, um die ihr unangenehmen Mitteilungen von der Veröffentlichung auszuschließen. Dies ist schon schlimm genug in Kriegszeit; es ist schlimmer in Friedenszeit; es ist aber noch viel schlimmer, während man den Frieden vorbereitet. Es wird ein Friede vorbereitet, der über das politische Wohl und Wehe der ganzen Welt entscheiden soll. Ein großer Kampf findet statt zwischen den dunklen Mächten und den Mächten des Lichts. Der Ausgang ist noch sehr ungewiß. Geheimnisse sind die besten Mittel der dunklen Mächte und das größte Hindernis für die Mächte der Wahrheit. Durch das Vorhaben der Regierung, die Zensur fortbestehen zu lassen, wird die Vorbereitung des Friedens in soviel Geheimnisse eingehüllt werden, als nur möglich ist. Das ist die schwerste Bedrohung eines gerechten Friedens, die je geplant wurde."

Der Premierminister von Neu-Süd-Wales äußerte sich nach der Humanité vom 29. November wie folgt:

„Wenn ein Programm aufgestellt werden kann, das für Australien die Gewißheit bringen kann, daß zukünftige Kriege vermieden werden, dann ist die Frage irgendeiner Entschädigung ganz nebensächlich.

Der beste Handelsvertrag wäre gar nichts wert, wenn ein neuer Krieg möglich wäre. Wir dürfen das Hauptziel nicht aus dem Auge verlieren. Wie verlockend gewisse unmittelbare Gewinne auch scheinen mögen, so müssen wir uns darauf vorbereiten, darauf zu verzichten, um uns den Weltfrieden zu sichern, das der bedeutendste aller Gewinne wäre."

Andere ähnliche „Stimmen der Vernunft" ließen sich anreihen. Fernerhin dürften auch die angeführten Zitate schon zeigen, daß es nicht ganz an Bestrebungen fehlt, die einem Frieden der Verständigung günstig sind.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 49 des „Sozialist" enthält folgende Beiträge:

R. Breitscheid: Vor schwerwiegenden Entscheidungen; O. Jensen, Rätesystem, Nationalversammlung und Sozialisierung; H. Meyer, Vergesellschaftung der Produktionsmittel; L. Martow, Ein Brief an die deutschen Genossen; R. Seidel, Nachdenkliche Betrachtungen.

„Der Sozialist" kann zum Preise von 5 Mark vierteljährlich bei den Postämtern oder direkt beim Verlag (T. Breitscheid, W. 15, Fasanenstraße 58) abonniert werden. Einzelnummern zum Preise von 50 Pf. bei den Zeitungshändlern, Kiosken und von der Expedition der „Freiheit".

Rostock. In einer von der U. S. P. einberufenen öffentlichen Mädlerversammlung am 21. Dezember wurde das Thema: „Die Revolution und die Wahlen" erörtert. Die Genossen Bautasch und Schoodt wiesen in ihren Ausführungen darauf hin, daß trotz der durch die Revolution errungenen Freiheiten der schlimmste Feind des Proletariats, der Kapitalismus, noch vorhanden sei, und daß jetzt erst der schärfste Kampf mit ihm ausgefochten werden müsse. Auch der anwesende Genosse Herzfeld wies in der Diskussion darauf hin, daß es Pflicht des Proletariats sei, den Klassenkampf beizubehalten. Deshalb müsse auch unsere Gegnerschaft zu den Mehrheitssozialisten, die den Klassenkampf in die Ecke gestellt haben, bestehen bleiben. Ein Appell an die Einigkeit, der von einem Mehrheitssozialisten erging, wurde damit beantwortet, daß es eine noch bessere Einigkeit gebe, nämlich die Treue zum Erfurter Programm. Am Schluß der Versammlung wurde gegen wenige Stimmen eine an das Mecklenburgische Ministerium gerichtete Resolution angenommen, in der von der Regierung gefordert wird, auf das schärfste gegen jede gegenrevolutionäre Bewegung vorzugehen. Eine weitere Forderung ist die Gründung einer roten Garde, die die proletarische Revolution verteidigt.

Aus aller Welt.

Wilhelm Ex.

Uns wird geschrieben: „Der „Türmer" brachte ein Gedicht „Heimkehr", worin folgende Strophe steht:

„Soldaten, ich seh' euern Kaiser nicht mehr.
Einst zog er umjubelt ins Feld vor euch her:
Wo ist euer Kaiser geblieben?"

Sofort fiel mir folgende Antwort ein:

„Er hat zuerst an sich selber gedacht,
Und hat sich schnell aus dem Staube gemacht.
Wie's ziemt einem „Heldenkaiser".
In Holland hat er sich versteckt,
Nachdem er sich gut hat eingedeckt
Mit Gold und Kronjuwelen."

Von der Beschlagnahme freigegeben.

Die Enterbten der Liebe

von **O. Hussain**

Preis 4 Mark

In geradezu formvollendeter Weise hat die Autorin verstanden, die Schicksale der Enterbten der Liebe in ihrer ganzen Seelenqual und in ihrem tiefsten Leid zu schildern. Es ist ein Werk, welches durch die überaus feine Stilisierung zu den besten Werken auf diesem Gebiete gehört.

Vogler & Co., Berlin W 9

Köthener Straße 27, Abteilung 8.

(4. Kreis) Unabhängige Sozialdemokratie. (4. Kreis)

Montag den 30. Dezember, abends 7 Uhr

5 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 48 ‖ **Patzenhofer-Brauerei,** Landsberger Allee 21
Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 18 ‖ **Schonert,** am Bahnhof Stralau-Rummelsburg
Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor

Referenten: Dr. Breitscheid, Büchner, Geschke, Dr. Rosenfeld, R. Weise.

Tagesordnung:

Die politische Lage und der bevorstehende Wahlkampf.

Massenbesuch wird erwartet! **Massenbesuch wird erwartet!**

Aus der Frauenbewegung.

Der Krieg als Erzieher.

M. W. Eine ungeheure Schar von Frauen und Mädchen zwang der Kapitalismus schon vor dem Kriege in die Erwerbsarbeit hinein.

Zehn Millionen Frauen und Mädchen stellte im Jahre 1907 die Berufs- und Gewerbezählung fest, die ihren „ureigensten" Beruf, wie die herrschenden Klassen es nannten, nicht erfüllen konnten, sondern Eltern oder Kinder und Heim verlassen mußten, um zum Unterhalt der Familie beitragen zu helfen. Der Krieg hat die Schar derer, die erwerben müssen, wenn sie nicht verhungern wollen, fast um ein Fünftel vermehrt. Ganz neue Schichten von Frauen wurden gezwungen, außerhalb ihres Hauses ums tägliche Brot zu arbeiten. Frauen, die für Geld zu arbeiten in Friedenszeiten als etwas ihres Standes Unwürdiges betrachten gelernt hatten, was man höchstens in aller Heimlichkeit und für niedrigste Bezahlung tat, um ein Taschengeld zu verdienen, ohne Rücksicht und Erkenntnis, wie sehr sie damit Schmutzkonkurrenz betrieben und zur Niedrighaltung der Löhne beitrugen.

Der Krieg hat den Schleier dieser Wohlstandsheuchelei dem Mittelstande entrissen, hat seine Angehörigen proletarisiert und der Arbeiterbewegung die große Aufgabe gestellt, diese neuhinzugekommenen Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern in ihren sozialistischen Organisationen aufzusaugen, sie zur Solidarität und zum Klassenbewußtsein zu erziehen.

So entsetzlich das Weltgeschehen dieser letzten vier Jahre war, so haben die Frauen daraus in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit mehr gelernt als sonst in Jahrzehnten. Die eine große Lehre drängte sich ihnen geradezu gewaltsam auf: auch das schlichteste Frauenschicksal im entferntesten Erdenwinkel wird beeinflußt durch das Weltgeschehen, durch die Politik, auf die sie selbst bis jetzt zwar keinen Einfluß hatten, die aber ihr eigenes Leben im höchsten Maße beeinflußt, ja es sogar in andere Bahnen zwingen kann. Der Mann, der Sohn oder der Bruder und Freund wurden ihr von der Seite gerissen, so mancher auf Nimmerwiedersehen. Die alte Mutter mußte an die Stelle des jungen Sohnes treten, jüngere Geschwister mit ihren schwachen Kräften der Mutter Stütze zu werden, die Gattin des im besten Alter stehenden Mannes dessen Geschäfte weiterbesorgen, im Handumdrehen Dinge erlernen, um die sie sich nie gekümmert hatte. Und selbst diejenigen, denen ein gütiges Geschick die Trennung von ihren Liebsten ersparte, auch sie empfanden bald, wie sehr jeder Einzelne unterworfen ist den Gesetzen des kapitalistischen und imperialistischen Klassenstaates, dessen winziges zur Ohnmacht verurteiltes Mitglied er war.

Fragten die Kinder: Mutter, warum gibst du mir nicht mehr Brot, da ich doch hungrig bin?, so lautete die Antwort in den meisten Fällen: England hungert uns aus, deshalb haben wir kein Brot! Es gab keine Milch für kleine Kinder, kein ganzes Hemde und keinen Lederschuh, weil draußen „Krieg" war, den die „anderen" wollten. Und so lernten die mit und für ihre Kinder darbenden und frierenden Mütter, daß das, was draußen vorging, nicht nur „Männersache" war, sondern ebenso sehr Frauenangelegenheit. Daß das Geschick des gesamten Volkes zur Entscheidung stand. Weder ihre ungeheure, ihre Kräfte weit übersteigende Arbeitsleistung, noch ihre ungezählten Opfer an Gut und Blut gaben der Frau das Recht, mitzuentscheiden. Für die herrschenden Klassen war der Grundsatz aller Demokratie „Gleiche Pflichten — gleiche Rechte" nur auf dem Papier vorhanden. Alle Wahlrechtsforderungen, die die Frauen, sei es in Form von Petitionen, sei es durch Anträge der Fraktionen der U. S. P. D. in Reichstag und Landtag stellten, wurden von den Mehrheitsparteien stets unter den fadenscheinigsten Begründungen abgelehnt. Die bürgerlichen Frauenvereine begnügten sich stets, das Wahlrecht schlechthin zu fordern. Niemals bekannten sie offen Farbe, welches Wahlrecht sie eigentlich erstrebten. Sie wären allesamt bereit gewesen, auch das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht anzunehmen, um ihre Klasse an der Macht erhalten zu helfen und diese Macht mit ihnen zu teilen. Höhere politische Ziele kannten sie nicht. Demokratie forderten sie ebensowenig, wie ihre männlichen Klassengenossen.

Die Sozialdemokratie aber will, was schon ihr Name besagt: Sozialismus und Demokratie! Dementsprechend handelt es sich bei der Forderung der Frauen um Gleichberechtigung, nicht nur um die Mitverantwortlichkeit, sondern auch um die Mitwirkung der Frau auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Welch neue Aussichten eröffnen sich hier! Die Jugend vom 20. Jahre an kann nunmehr mitentscheiden, die Ehefrauen, die Mütter, auch die unverheiratet Gebliebenen. Durch sie alle wird eine neue Gedanken- und Gefühlswelt hineingetragen in das öffentliche Wirken. Und wenn dieses auch noch nicht immer, so wie wir ersehnen, sozialistisch gerichtet ist, wird nichtsdestoweniger die Eigenart des Weibes zum ersten Male bei der zukünftigen Gestaltung der Staatsformen zur Geltung kommen. Die Auffassung beider Geschlechter wird sich künftighin verschmelzen zu gemeinsamer fruchtbringender Arbeit.

Wie der Krieg den Frauen das teuer erkaufte Wissen beibrachte, daß Frauenschicksal zugleich auch Volksschicksal ist, so hat er ihnen auch die Augen darüber geöffnet, daß die Gleichheit der Leiden, die Klassenunterschiede nicht aufhebt, sondern fortbestehen läßt. Was hätte wohl näher gelegen, als daß die Frauen aller Länder Antigones unsterbliches Wort „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da" zur internationalen Losung gemacht hätten! Aus dem Meer der Tränen, geweint von den Witwen, Müttern, Kindern und Bräuten der Gefallenen hätte über alle Grenzpfähle, alle Klassenunterschiede hinweg das Gemeinsame ihres Leides die Frauen vereinigen können. Doch sie erwiesen sich in allen Ländern als treue Angehörige ihrer Klasse. Sie arbeiteten mit an Völkerverhetzung, an Kriegsverlängerung. Ja der Bund deutscher Frauenvereine rief noch in letzter Stunde, als schon alles verloren war, mit auf zur „nationalen" Verteidigung. Alle diese Frauen waren bereit, noch mehr Gräber zu füllen mit der Blüte der Jugend aller Nationen.

Nur die Proletarierinnen aller Länder einte eine Not: die Not der Unterdrückten, der Rechtlosen, der Mütter, deren Stimmen im Kriegslärm ungehört verhallten.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Die Revolution hat die Frau befreit in Rußland, in Deutschland; sie wird auch bald hinübergreifen auf andere Länder, wo die Frau die volle Gleichberechtigung noch nicht besitzt, und sie ihr bringen. Wir aber hier wollen uns des Errungenen freuen, an seinem Ausbau mitarbeiten! Wollen die Rechte, um die wir so lange gestritten und gelitten, gemeinsam ausüben mit dem Manne zum Wohle der Gesamtheit.

Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!

Wöchnerinnenschutz.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Reichswochenhilfe auch noch sechs Wochen nach der Entlassung des Vaters aus dem Heeresdienste gezahlt werden soll, ohne Rücksicht darauf, ob er Arbeit gefunden hat, oder nicht. Gleichzeitig tritt eine Erhöhung des Stillgeldes von 50 auf 75 Pf. täglich ein.

Die Kriegswochenhilfe wird jeder Wöchnerin, deren Mann Kriegsteilnehmer ist, aber auch jedem Mädchen, bei dem ein Kriegsteilnehmer die Vaterschaft anerkannt hat, gezahlt.

Erfreulicherweise wird die Zahlung nicht abhängig gemacht von der Bedürftigkeit, wie es bei der Gewährung der Kriegsunterstützung der Fall ist. Zum Empfang der Reichswochenhilfe genügt der entsprechende Antrag. Auskunft über Einkommens- oder Vermögensverhältnisse werden nicht verlangt.

Die Auszahlung liegt in den Händen der Krankenkasse, oder bei Nichtversicherten bei dem zuständigen Militärbureau.

Der Umfang der Leistungen ist folgender:

1. Ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 25 M.

2. Ein Wochengeld von anfänglich 1 M. täglich, welches seit kurzem auf 1,50 M. heraufgesetzt wurde, für die Dauer von acht Wochen, von denen mindestens sechs Wochen in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen.

3. Eine Beihilfe bis zum Betrage von 10 M. für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird.

4. Für Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen selbst nähren, ein Stillgeld von 50 Pf. täglich bis zum Ablauf der zwölf Wochen nach der Niederkunft.

Der Gesamthöchstaufwand, der sich hiernach für einen Wochenhilfsfall ergeben hat, beträgt 151 M. Das ist eine nicht zu unterschätzende Beihilfe für die junge Mutter.

Die Reichswochenhilfe soll aber bei der Demobilisierung mit abgebaut werden.

Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn an ihre Stelle wieder die ganz unzulängliche Wöchnerinnenunterstützung der Krankenkassen träte. Die städtischen Krankenkassen zahlen eine Wöchnerinnenunterstützung im Rahmen ihrer Krankenunterstützungssätze auf die Dauer von 8 Wochen an solche Mitglieder, die mindestens 26 Wochen der Kasse angehören. Für die Landkrankenkassen hingegen wurde die Dauer der Wöchnerinnenunterstützung auf vier Wochen gesetzlich festgelegt.

Von sozialdemokratischer Seite wurde bei Beratung der Reichsversicherungsordnung ein ausgedehnter Wöchnerinnenschutz gefordert.

So wurde verlangt: Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, sowie auf alle Personen, deren Einkommen jährlich 5000 Mark nicht übersteigt. Gewährung einer Wöchnerinnenunterstützung in Höhe des ortsüblichen Tagelohns für die Dauer von acht Wochen nach der Niederkunft und ein Stillgeld in halber Höhe des Krankengeldes für die Dauer von 26 Wochen. Dies sowie auch die obligatorische Familienversicherung wurden abgelehnt.

Der Regierungsvertreter erklärte seinerzeit, daß ein weitergehender Schutz für Wöchnerinnen die ganze Vorlage für die Regierung unannehmbar mache. Das stärkte natürlich den Sachwaltern des Kapitalismus, insbesondere den Vertretern des Zentrums und der Nationalliberalen den Rücken, und so kam es zu der ganz unzulänglichen Wochenhilfe.

Unzulänglich schon vor dem Kriege, denn jährlich starben 10 000 Frauen im Wochenbett, davon 7000 am Kindbettfieber, 50 000 Frauen erkrankten schwer an den Folgen der Mutterschaft, und nahezu 400 000 Säuglinge fielen dem Tode zum Opfer.

Die Erfüllung unserer damaligen Forderungen hätte ein Mehr von 72,25 Millionen Mark erfordert; Hunderttausende von Menschenleben hätten damit erhalten werden können!

Und dieses erschreckende Elend wird in nächster Zeit noch krasser in Erscheinung treten; denn unsere Bevölkerung ist durch die lange Not des Krieges und durch die andauernde Unterernährung viel weniger widerstandsfähig geworden.

Heute müssen wir aber mehr denn je die Mütter schützen, ihnen die große Sorge für sich und das Neugeborene fernhalten, um gesunde, starke Menschen zu erziehen.

Es ist eine der dringendsten Aufgaben der Regierung, den Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz auszubauen.

Durch den Fortfall der Reichswochenhilfe sinkt die Wöchnerinnenunterstützung für die arbeitende Frau erheblich herab, indes die große Zahl der nicht erwerbstätigen Hausfrauen überhaupt leer ausgeht.

Das darf nach diesem menschenmordenden Kriege unter keinen Umständen geschehen! Der Ausbau der Wöchnerinnenunterstützung muß sofort eingeleitet werden. Die Genossinnen, welche während des ganzen Krieges auf diesem Gebiet praktisch mitgearbeitet und so ihr Teil dazu beigetragen haben, die Not wenigstens um ein geringes zu lindern, warten nur darauf, von der Regierung zu sachkundiger Mitarbeit aufgerufen zu werden. A. Z.

K.V.G.

Kleider-Verwertungs-Gesellschaft

Kommandantenstraße 80/82

Montag u. Dienstag 30. u. 31. Dezember wegen Inventur

geschlossen

Achtung! Achtung!

Caféangestellte!

Am Montag, den 30. Dezember, Vorm. 10 Uhr, findet in den Germania Pracht-Sälen, Chausseestr., eine außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über die Lohnbewegung.

Kollegen! Die Unternehmer haben alle Forderungen abgelehnt. Nun heißt es handeln! Erscheint deshalb vollzählig.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Sektion der Caféangestellten.

Achtung Soldatenräte

Vorbesprechung aller auf dem Boden der U. S. P. stehenden Delegierten der Soldatenräte Groß-Berlins am Montag, den 30. 12. 18 pünktlich nachmittags 1 Uhr im Reichstagsgebäude, Obergeschoß Saal 32, Eingang Portal 5.

Der Vorstand der Groß-Berliner U. S. P. Soldatenfraktion.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde"

Ortsgruppe Berlin.

Donnerstag, den 2. Januar 1919, 7 Uhr im Lokal von Feyfarn, Melchiorstraße 15

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Agitationskommission.
2. Ausgabe von Flugblättern zur Landagitation.
3. Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder notwendig! Gäste willkommen!

Der Vorstand.

Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: [illegible] 29, vorn part., geöffnet von 8–1 und 4–7 Uhr.

Die Zahlstellen des Verbandes der Maler etc. in denen auch Aufnahmen, Beiträge und Neuanmeldungen für den Verband entgegengenommen werden, sind folgende:

[illegible]:	[illegible] Str. 51–52	im Restaurant
[illegible]:	[illegible] 5	" "
Westen:	[illegible]	" "
Norden:	[illegible] Str. 9	" "
Osten:	Große Frankfurter Str. 16	" "
Nordosten:	[illegible]	" "
[illegible]:	[illegible] 7	" "
Charlottenburg:	[illegible]	" "
Schöneberg:	[illegible] 5	" "
Steglitz:	[illegible] 7	" "

In den vorstehenden Zahlstellen finden die Zahlstunden jeden Montag, abends von 7–8½ Uhr, statt.

In nachstehenden Zahlstellen finden die Zahlabende jeden Sonnabend von 7–8½ Uhr, statt:

Süden:	[illegible] Str. 23	im Restaurant
[illegible]:	[illegible] 81	" "
Neukölln:	[illegible] 23	" "
[illegible]:	[illegible] 37	" "
[illegible]:	Potsd. Chaussee	im Restaurant [illegible]
[illegible]:	[illegible]	" "
Köpenick:	[illegible] 19	" "

Die Kollegen werden ersucht, vorstehende Annonce auszuschneiden und sich aufbewahren zu wollen, da dieselbe nur dreimal erscheint.

Die Ortsverwaltung.

II. Kreis

2. Abteilung Westen.

Extra-Zahlabend

Montag, den 30. 12. 18, abends 7½ Uhr, bei Wiemers, Bülowstr. 58.

Der Vorstand.

Harmonium

mit eingebautem Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse spielbar 680 M., Saloanharmonium 975 M., gebrauchtes 375 M., Harmonium-Spielapparat mit 500 Noten 95 M. (evtl. Ratenzahlung).

Berger & Co.

Oranienstr. 166. Privatverk. III Etg.

Tabak

Mischung „Nordländer" Mittelschnitt 70 Gramm 45 Pf., Feinschnitt Mischung „Goldrose", 80 Gramm 75 Pf. M. Guttmanns neue verbesserte Pfeifenmischung (Grobschnitt) 100 Gr. 1,05 Mark. M. Guttmanns Nr. 1 (Tabak- u. Weizenmischung) 65 Gr. 1,20 M. In den einschlägigen Geschäften gegen Vorzeigung dieser Anzeige erhältlich. Wiederverkäufer verlangen Angebot. Jeder mache im eigenen Interesse einen Versuch. Willkommene Liebesgabe.

M. Guttmann,

Berlin O 27, Alexanderstrasse 22.

Niederlagen:

Parikon, C 25, Alexanderstrasse 36a, 39–40.
Palatowsky, O 27, Alexanderstrasse 27.
Lehmann, O 112, Liebigstr. 10.
Seifert, SO, Oranienstrasse 80.
Gebr. Grün, W 35, Lützowstrasse 80.
Charlottenburg, O. Guttmann, Potsdamer Strasse 12.
Lichtenberg, Rohmann, Frankfurter Allee 249.
Neukölln, Liebe, Hermannstrasse 68.
Kabaker, O 17, Grüner Weg 43.

Reisevertreter gesucht.

Die radikale Wochenschrift „Der Galgen"

sucht in- u. ausserhalb Berlins tüchtige Kameraden zum Vertrieb. — Durchschnittlicher Tagesverdienst 50-100 M.

Verlag „Der Galgen", C. 2, Burgstr. 30.

Herrliche Pelz-Plüschmäntel!!!

Elegante Maulwurfmäntel auf Blumenseide 2500, 3300 etc.
Prachtstücke in Seal Electric (Modelle) 1375, 1950 etc.
Pelzgefütterte Mäntel . . . . . 270, 350, 498 etc.

Ulster aus weichen Plaidstoffen 93–114. Impr. Seidenmäntel 165, 218.
Tanz- u. Gesellschaftskleider, Prachtstücke 225, 260, 350 etc.

Wunderbare Kostüme mit Pelzbesätzen, auch glatt
182, 235, 260, 325, 450.

Plüschmäntel, entzückende Ausführungen 245, 362, 480, 635 etc.
Astrachanmäntel . . . . . 182, 235 etc.

Röcke aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratsschein
Serie III 28⁶⁰, Serie IV 35⁴⁰, Serie V 43²⁰, Serie VII Tuchröcke 62⁸⁵.

Sportjacken 38–41. Impr. Mäntel 89–96.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W. Mohrenstraße 37a.
2. Geschäft: Berlin NO. Gr. Frankfurter Straße 115.

Kriegsanleihen werden von 100 M. an in Zahlung genommen.
Sonntags geschlossen.

Der Sozialist

(früher Sozialistische Auslandspolitik)

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift

Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid

Unter ständiger Mitwirkung von:
Ed. Bernstein, H. Block, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnement vierteljährlich 5.— M. Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt oder bei den Spediteuren und in der Expedition der „Freiheit", Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.

NEUJAHRSWÜNSCHE
für den
INSERATENTEIL
der „**Freiheit**" erbitten wir bis
Montag abend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstraße 83-85.

Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Erwerbslose (Kranke).

Wegen des Neujahrsfeiertages finden folgende Aenderungen in der Auszahlung der Unterstützung statt:

Die Kollegen, deren Zahltag
auf den 30. und 31. Dezember fällt, erhalten am 30. Dezember Unterstützung
„ 1. „ 2. Januar „ „ 31. „ „

Wegen Quartalsschluss bleibt das Bureau der Krankenabteilung am **Mittwoch, den 2. Januar 1919**

den ganzen Tag geschlossen.

Die kranken Mitglieder werden ersucht, ihre Unterstützung bis Dienstag, den 31. Dezember, zu erheben.

Vorstehendes findet keine Anwendung bei solchen Mitgliedern, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten befinden und die ihre Unterstützung erst nach Beendigung ihrer Krankheit abheben.

Die Mitgliedsbücher und Kontrollkarten müssen spätestens 2 Tage vor dem Auszahlungstage abgegeben werden.

Die Auszahlung erfolgt vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Am Dienstag, den 31. Dezember, ist das Bureau
nur bis 12 Uhr geöffnet.

Die Ortsverwaltung.

U. S. P. Charlottenburg.

Mitglieder-Versammlung

Montag, den 30. Dezember, abends 7½ Uhr, im Volkshaus Rosinenstr. 3.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung.
Wahl der Delegierten.
Vereinsangelegenheiten.

Parteigenossen! In dieser Versammlung werden wir uns auch mit den Beschlüssen der Reichskonferenz des Spartakusbundes beschäftigen, deshalb erscheine ein Jeder.

Vorstand der U. S. P. Charlottenburg.

In der Großstadt herrscht Arbeitslosigkeit und Hunger

Darum: Heimkehrende Krieger zieht Aufs Land!

Auf dem Lande findet ihr Arbeit und Brot

Die Arbeitsstellen vermitteln euch die Arbeitsnachweise.

JOE LOÈ

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises (U. S. P. D.)

Sonntag, den 29. Dezember vorm. 10 Uhr

Offentliche Wähler-Versammlung

im Stadtheater, Alt-Moabit 47

Tagesordnung:
1. **Die Revolution und die National-Versammlung.** Referent: Dr. Moses.
2. **Freie Aussprache.**

Der Vorstand.

Achtung! Zeppelin-Werke Staaken.

Heute Sonntag mittag 12–½1 Uhr, Treffpunkt aller beschäftigten Kollegen

an der Sieges-Säule (Königs-Platz),

zwecks Teilnahme an dem Leichenbegängnis unserer beiden Martyre.

Der Arbeiterrat.
Bowitz Ewert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 30. Dezember 1918:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden: Pharussäle, Müllerstraße 142, abends 8½ Uhr.
Norden: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 7 Uhr.
Norden: Viktoria-Garten (Fritsch), Badstr. 12, abends 8 Uhr.
Moabit: Sands Festsäle, Beusselstraße 9, abends 8 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 4, abends 7½ Uhr.
Westen, Schöneberg, Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstraße 65, abends 7 Uhr.
Osten und Nordosten: Andreas-Festsäle (Inh. Scholz), Andreasstraße 21, abends 8 Uhr.
Lichtenberg: Kurkowski, Pfarrstr. 74, abends 8½ Uhr.
Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Boxhagen 56, abends 8 Uhr.
Weißensee: Restaurant Masche, Berliner Allee 251, abends 7 Uhr.
Südenbezirke: Märkischer Hof, Admiralstr. 18c, abends 7 Uhr.
Neukölln: Siehe unten.
Tegel-Reinickendorf-West: Glamann, Reinickendorf-West, Schillingstr. 34, abends 8½ Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal und Umgegend: Oberschöneweider Vereinshaus, Oberschöneweide, Rathausstr. 10, abends 8 Uhr.
Spandau: Germania-Säle, Spandau, Bahnhofstraße, nachmittags 3 Uhr.
Köpenick-Friedrichshagen: Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 Uhr.

Die Bezirksversammlung für Neukölln findet in der Aula der Realschule Boddin-Str. 34/38, I Treppe, abends 7 Uhr, statt.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zu der am 5. Januar 1919 stattfindenden Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Ortsverein Neukölln der U. S. P.

Mitgliederversammlung

Am **Montag, den 30. Dezember, 7 Uhr** im Wintergartensaal der Unionsbrauerei, Hasenheide 22–31.

Tagesordnung:
1. Punkt: Stellungnahme zu dem Verhalten der Partei in der Revolutionszeit.
   Referent: **Genosse Haase.**
   Korreferent: **Genosse Liebknecht.**
2. Punkt: Diskussion.

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Der Vorstand.

III. Kreis U. S. P.

Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15

Große öffentliche Versammlung

Tagesordnung:
Die Revolution und unsere nächsten Aufgaben.
Referent: Genosse Dr. Moses.

Regen Besuch erwartet:

Der Vorstand.

Telefunken-Arbeiter und Angestellten,

welche an der Beerdigung der Opfer des 24. Dezember teilnehmen, versammeln sich

um 11½ Uhr im Lindenhof, Lindenstraße 17/18

Der Arbeiterrat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85

Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 30. 12. 1918, nachmittags 2 Uhr:

Branchenversammlung

der Maschinen-, Motor- und Autoschlosser

in den Germania-Sälen Chausseestraße.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Kosetschlußkommen.
Zur besonderen Beachtung! Kollegen, wegen der Wichtigkeit unseres Abkommens ist es Pflicht, das Ihr vollzählig zur Stelle seid.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

U. S. P. Britz-Bukow.

Montag, den 30. Dezember, abends 6 Uhr:

Weihnachts-Unterhaltungs-Abend

für Kinder
in Beckers Gesellschaftshaus, Chausseestraße 97.
Lichtbilder mit Rezitation.

Eintrittskarten Kinder 30 Pf., Erwachsene 50 Pf. bei sämtl. Bezirksführern und bei Gen. Balzer, Treptower Ufer 4, Gen. Kettel, Hannemannstraße 36b.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Ihr seid nicht tot . . .

Ihr truget die Revolution in das Land,
Entfachtet den Funken zum lodernden Brand. . .
Nun wollen sie euch vertreiben.
Ihr kennt sie alle, die Leisetreter,
Die Kriegsphantasten, die satten Verräter.
Sie bangten vor euerem Bleiben.

Sie wühlten und hetzten Tag und Nacht,
Und haben Lüge und Niedertracht
Zu ihren Helfern gedungen.
Doch Marstall bietet ihr und Schloß,
Trotz Ebertgarde und Gasgeschoß,
Ihr lieben blauen Jungen.

Ein Mahnen steigt aus eurem Tod.
Die Fahnen flattern purpurrot.
Wir wollen nicht weinen und klagen.
Ihr lebt in jedem Tropfen Blut,
Hell leuchtet euer stolzer Mut
Noch in den fernsten Tagen.

Bruno Schönlank.

Den tapferen Matrosen.

Im weißen Saale des Schlosses stehen die grauen Särge der toten Matrosen, die das revolutionäre Proletariat Berlins am heutigen Tage zu Grabe tragen wird. Wir kennen nicht die Namen der Toten, wissen nicht, wo ihre Wiege gestanden, ob eine Mutter ihnen ein weiches Schlummerlied sang oder der rauhe Sturmwind proletarischen Lebens sie von der Kindheit bis in den Tod begleitete. Wir wissen nicht, ob irgendwo eine Mutter um sie weint, Kinder um ihren Vater trauern, Mädchen im Schmerz über den Verlust ihres Geliebten das Antlitz verhüllen. Wir wissen nur, daß sie Männer waren, erfüllt von dem heißen Gedanken der Revolution, beseelt von der hehren Tatkraft sozialistischen Geistes und bereit, für ihre Ueberzeugung ihr Letztes, das Leben, herzugeben.

Kein schmutziger Wurf spritzt hoch genug, das Andenken dieser Toten zu beflecken. Sie starben in einem ehrenvollen Kampfe. Heimtückisch hat man sie mit einem schimpflichen Ultimatum überfallen. Aber sie wußten, daß es sich dabei nicht handelte um irgendeine Zänkerei, nicht um eine ausgeklügelte Parteifrage, nicht um persönliche Differenzen, entstanden aus den fortgesetzten Hetzereien, die seit Wochen gegen sie von gewissenloser Hand inszeniert wurden. Es war ihre Gesinnung, ihre revolutionäre Ueberzeugung, die den sanftmütigen Politikern der Revolution mißfiel. Sie, die Matrosen, die von Kiel aus mit roten Fahnen die Freiheit in das lang geknechtete Land trugen, die mutig die Tore der Kasernen sprengten und immer an der Spitze standen, wenn es galt, eine Zwingburg des Militarismus niederzureißen, sie sollten aus Berlin vertrieben werden. Und sie beugten sich nicht.

Sie nahmen den Kampf auf gegen eine vielfache Uebermacht, und ehrenvoll haben sie diesen Kampf bestanden. Sie wußten, wofür sie kämpften, wußten, daß das revolutionäre Proletariat Berlins, die sozialistische Arbeiterschaft ganz Deutschlands, für die der Gedanke der sozialen Revolution mehr ist als eine bloße Augenblicksstimmung, hinter ihnen stand. Noch im Sterben riefen die nunmehr Toten ihren Kameraden zu, sich nicht zu ergeben. Sie lehnten eine Kapitulation selbst um den Preis ihres Lebens ab, wollten nicht, daß man Aerzte herbeihole, um sie zu verbinden, bevor der Kampf entschieden sei. Sie wußten, daß sich hinter den Angreifern die verzerrten Larven des preußischen militaristischen Geistes verbargen. Daß mit dem Niederwerfen der Träger der Revolution die alte Kaste frecher denn je ihr Haupt erheben und eine Errungenschaft nach der anderen zunichte machen würde. Selbst Gasgranaten vermochten sie nicht zu veranlassen, sich dem Willen dieser Herren zu fügen.

Ihr Tod ist uns eine Mahnung und ein Beispiel. Die Revolution soll nur solange leben, als sie niemand gefährlich wird. Der erbärmliche Geist einer sogenannten Ordnung, die in Wirklichkeit höchste Unordnung war, sitzt den Sklavenseelen Deutschlands so tief in den Knochen, daß ihnen die Erhaltung dieser Ordnung notwendiger dünkt, als revolutionäre Taten, die das Volk, die ganze Menschheit einmal für immer aus den Fesseln der Knechtschaft reißen sollen. Sie scheuen den Atem der Revolution, ihre ärmlichen Seelen sind so ausgetrocknet, daß sie unfähig sind, sich für eine Sache zu begeistern, die über die Tage, die Jahre hinausragt in eine höhere, glückverheißende Zukunft.

Die toten Matrosen stellten ihre Ueberzeugung höher als ihr Leben. Sie kämpften gegen eine Uebermacht, weil sie wußten, daß sie für das geschichtlich verbriefte Recht der proletarischen Klasse kämpften. Dieser Gedanke beseelte die allen Kämpfer. Was hatten die Angreifer dem gegenüberzustellen! Das leere Gerippe des preußischen Militarismus vermag nur noch einen pestenden Odem auszuströmen. Nur Niedertracht und Heimtücke kann Soldaten heute noch aufputschen, im Interesse einer dem Untergang geweihten Kaste auf eigene Brüder zu schießen. Für eine nichtswürdige Sache kämpfend, mußten die Scharen der Angreifer als Besiegte den Kampfplatz räumen vor einem allzu kleinen Häuflein von revolutionären Helden.

Wo einst Könige speisten, sich vor in Seide gekleideten Damen in ihrer Würde spreizten, stehen heute auf blutroten Tüchern die Särge der toten Kämpfer. Aus tausend Jungen flammt der Geist der Toten: Auch ihr, revolutionäre Arbeiter, werdet gegen eine Uebermacht zu kämpfen haben. Nehmt euch ein Beispiel an uns. Wir haben es euch gegeben. Unser Wille, unser Mut, die höhere Mission des Sozialismus beseelte uns im Kampfe. Wir starben. Als Sieger werden wir begraben.

Das revolutionäre Volk Deutschlands reiht sich am heutigen Tage in Trauer vor den toten Helden. Die Arbeiterschaft Berlins wird ihnen ein ehrenvolles Begräbnis bereiten. Nicht Lüge, nicht Verleumdung wird sie daran behalten. Der Geist der Toten wird sie stärken zu weiterem Kampfe. Kommende Mütter werden ihren Kindern erzählen von dem herrlichen Beispiel, das sie uns gegeben.

Groß-Berlin.

Aufruf!

Am Sonntag, den 29. Dezember, mittags 1 Uhr, werden die Opfer der schuldbeladenen Regierung Ebert-Scheidemann zu Grabe getragen.

Ehrenpflicht eines jeden Proletariers ist die Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten. Die Aufstellung des Zuges geschieht um 12 Uhr in der Sieges-Allee bei den von den Betrieben aufgestellten Tafeln. Die Staatsbetriebe Spandau treffen sich um ½12 Uhr Lehrter Bahnhof, ebenfalls die Kollegen der Zeppelin-Werke Staaken, sowie Riebe Kugellager. Sonst wie die Obleute der einzelnen Betriebe angeordnet haben.

Den Anordnungen der Ordner, die durch rote Armbinden kenntlich gemacht sind, ist unbedingt Folge zu leisten.

Der Zug nimmt den Weg von der Sieges-Allee, Unter den Linden, Wilhelmstraße, Leipziger Straße, Spittelmarkt, Alexanderplatz, Landsberger Straße, Friedrichshain.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe von Groß-Berlin.
Paul Scholze, R. Nowakowski, Weyer.

*

A. E. G.-Werke Hennigsdorf. Treffpunkt zum Begräbnis der Matrosen am alten Platz: Siegesallee, um 12 Uhr. Fahnen und Schild mitbringen!

Die Angehörigen der Flugzeugmeisterei in Adlershof versammeln sich Sonntag, den 29. d. M., mittags 1 Uhr, in der Siegesallee, woselbst näherer Treffpunkt durch Fahne und Tafeln kenntlich gemacht wird.

Achtung Arbeiter, Turner Groß-Berlins. Zu der heutigen Beerdigung der Opfer des 24. Dezember treffen sich die Turngenossen und Turnschwestern um ½1 Uhr im Tiergarten (Eisernen Hindenburg). Vorstand Turn-Verein Fichte. J. A.: K. Krottor.

Die Freie sozialistische Jugend trifft sich zur Bestattung der Opfer vom 23. und 24. Dezember heute um 1 Uhr am Kemper-Platz (Rolandbrunnen).

Achtung! Dreher! Die für heute, den 29. Dezember, einberufene Branchenversammlung der Dreher findet nicht statt. Die Branchenleitung.

Vollzugsrats-Sitzungen.

Der Groß-Berliner Vollzugsrat hielt am 26. Dezember eine Sitzung ab. Dadurch, daß die das Reich betreffenden Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte laut Kongreßbeschluß dem Zentralrat übertragen worden sind, kann er sich jetzt intensiv den Groß-Berliner Aufgaben widmen. In der Sitzung am zweiten Weihnachtsfeiertag wurden zunächst geschäftliche Fragen erledigt. Die Zahl der Angestellten ist — entsprechend dem verkleinerten Wirkungskreis — auf das äußerste Maß beschränkt worden.

Die Mandate der Vollzugsratsmitglieder werden in die Hände der Mandatgeber zurückgegeben und hat der alte Vollzugsrat bis zur Neuwahl die laufenden Arbeiten zu erledigen. Der demnächst stattfindenden Volksversammlung der A. und S.-Räte Groß-Berlins wird vorgeschlagen: Der künftige Vollzugsrat soll sich aus 24 Mitgliedern zusammensetzen, von denen 16 dem Arbeiterrat und 8 Mitglieder dem Soldatenrat angehören. Politisch ist die Zusammensetzung paritätisch zu regeln zwischen U. S. P. D. und S. P. D.

Die Diäten für die Vollzugsratsmitglieder werden in Zukunft nach den Sätzen geregelt, die der Zentralrat zahlt.

Zur Untersuchung der Vorgänge beim „Vorwärts“ wurde eine Kommission aus vier Mitgliedern gewählt.

Eine längere Debatte entspann sich über die örtliche Kommandogewalt der A.- und S.-Räte. Diese sollen im Sinne der Kongreßbeschlüsse geregelt werden.

In seiner zweiten Sitzung am 28. d. M. nahm der Vollzugsrat zur Beerdigung der Opfer vom 23. und 24. Dezember Stellung und beschloß, sich vollzählig bei der Bestattung am Sonntag zu beteiligen und erwartet eine entsprechende Stellung der Arbeiterschaft.

Ferner wurde beschlossen, zwecks Arbeitsteilung und hierdurch bedingte schnellere Erledigung der Geschäfte fünf Ausschüsse zu bilden und zwar: I. Groß-Berliner Ausschuß. II. Ausschuß für kommunale Angelegenheiten. III. Ausschuß für Betriebs- und Gewerbeangelegenheiten. IV. Ausschuß für militärische Angelegenheiten. V. Ausschuß für interne Angelegenheiten.

Die Wahl der Mitglieder für die einzelnen Ausschüsse wird in der nächsten Sitzung vorgenommen.

Nach Erledigung interner Angelegenheiten vertagte sich der Vollzugsrat auf Montag, den 30. Dezember, vormittags 10 Uhr.

Von der Suppe-Garde.

Wir werden um Veröffentlichung folgender Zuschrift ersucht:

Die S.-Räte der republikanischen Soldatenwehr trafen sich heute im Musiksaal der Neuen Bibliothek unter der Führung des stellvertretenden Kommandanten Fischer. Es wurde speziell die Wirtschaftsfrage der einzelnen Depots besprochen. Der stellvertretende Kommandant Fischer nahm darauf eine Resolution entgegen, wonach die Marine-Division in die republikanische Soldatenwehr eingegliedert werde und außerdem eine beratende Stimme im jetzigen Fünfer-Ausschuß erhalten soll.

Es wurde dann über die zu morgen angesetzte Beerdigung der für ihre Freiheit gefallenen Matrosen gesprochen und beschlossen, daß die Depots der republikanischen Soldatenwehr je eine Deputation von acht Mann entsenden werden. Jedes provokatorische Vorgehen gegen die Demonstration der S. P. ist auf alle Fälle zu vermeiden. Eine Abriegelung der Straßen findet nicht statt. Hierauf wurde die Versammlung vertagt.

Nach Schluß der Versammlung wurde plötzlich gemeldet, daß das aktive Unteroffizierkorps, die bekannte Suppe-Garde, statt an der Versammlung teilzunehmen, mit ihrer ganzen Ausrüstung abrücke und nach dem 4. Garde-Regiment übersiedle. Es wurde festgestellt, daß das ohne Wissen des stellvertretenden Kommandanten Fischer geschehe. Es handelt sich offenbar um die Einreihung der Suppe-Garde in die Bürgerwehr, die auf diese Weise eine schneidige Unteroffizierspitze bekommen soll. Den Kameraden der republikanischen Soldatenwehr soll von ihren Depotführern, welche heimlich hinter dem Rücken des Fünfer-Ausschusses eine Konferenz hatten, bekannt gemacht werden, daß sie in die Bürgerwehr mit erhöhter Löhnung eintreten können. Auf die Weise soll eine Garde gebildet werden, die gegebenenfalls auch gegen die Revolution Verwendung finden könnte.

Arthur Pfischel, Schriftführer des 6. Depots der R. S. W.

Verbandsausschußsitzung Groß-Berlin.

Der Vorsitzende des Verbandsausschusses des Verbandes Groß-Berlin hat dessen Mitglieder zu einer Sitzung nach dem Berliner Rathaus am Montag, den 13. Januar 1919, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen Baupolizeiverordnungen, Bebauungspläne, Verkehrsangelegenheiten usw.

Die Arbeitslosigkeit.

Bei der Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin waren bis Sonnabend, den 21. Dezember, 69 979 Arbeitslose eingetragen. Von diesen haben 8060 Arbeit angenommen, so daß 68 019 eingetragene Arbeitslose verblieben sind.

Keine ungenehmigten Ersatzmittel mehr!

Gegen die zum Schutze des Publikums vor minderwertigen oder gar gesundheitsschädlichen Erzeugnissen erlassene Bestimmung, daß nur solche Ersatzmittel hergestellt und in den Verkehr gebracht werden dürfen, welche durch eine der im Frühjahr in allen Provinzen errichteten Ersatzmittelstellen genehmigt sind, wird noch immer vereinzelt verstoßen. Seit dem 1. Oktober dürfen auch die noch vor der Einführung des Genehmigungszwanges erworbenen Ersatzmittel nur dann verkauft werden, wenn sie nachträglich genehmigt worden sind. Solange die Genehmigung nicht erteilt ist — sie kann hinsichtlich der in den Geschäften von früher lagernde Ware statt von den Herstellern auch von dem Händler selbst nachgesucht werden — ist jeglicher Verkauf, auch ein bloßes Zumverkaufstellen unzulässig und strafbar. Die der Berliner Preisprüfungsstelle angeschlossene Ersatzmittelstelle Groß-Berlin, Neue Friedrichstr. 8/10, an die einzige Anträge aus Groß-Berlin oder der Provinz Brandenburg zu richten sind, hat eine Kontrollabteilung eingerichtet, die in kurzem eine scharfe Aufsicht über die in den Detailgeschäften feilgehaltenen Ersatzmittel ausführen wird. Jeder Geschäftsinhaber muß dann den Nachweis der Genehmigung führen können, wenn er sich nicht der Gefahr einer Strafverfolgung und der Beschlagnahme seiner Ware aussetzen will.

Die Bildungsabteilung der Erwerbslosenfürsorge teilt mit, daß jugendliche Erwerbslose Rat und Auskunft in Bildungsangelegenheiten im Bureau der Deputation für die Städtischen Fach- und Fortbildungsschulen, Spandauer Straße 10, III, Zimmer 12, Sprechstunden am Montag, Mittwoch und Sonnabend von 12 bis 1½ Uhr, erhalten. Ferner Veranstaltungen: 1. Montag, den 30. Dezember — Märchen mit Licht- und Lehrbildern für Kinder — im Theatersaal der Uebungssternwarte, Invalidenstr. 57-62 (Eintritt frei), abends 7½ Uhr in der Aula der zweiten Pflichtfortbildungsschule für Mädchen, Brandenburgstraße 37 — Unterhaltungsabend — (Eintritt frei). 2. Dienstag, den 31. Dezember, Beethovensaal, Köthener Straße, Philharmonisches Orchester, Solist: Konzertmeister Geza v. Kree (30 Pf.). 3. Freitag, den 3. Januar, Kleines Theater, Unter den Linden 44, „Liebelei“, Schauspiel von Schnitzler (Eintritt 60 Pf.). **Die wissenschaftlichen Vorträge beginnen wegen Kohlenmangels erst mit Schulanfang.**

Vom Arbeitsnachweis der Stadt Berlin. Wegen der großen Inanspruchnahme in der weiblichen Abteilung des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, sieht sich der Arbeitsnachweis veranlaßt, bis auf weiteres bis 5 Uhr nachmittags offenzuhalten. Um den Andrang auf die Tagesstunden zu verteilen, werden Neueinschreibungen nur von 2—4 Uhr vorgenommen werden. Die Arbeitsvermittelung und die Arbeitslosenkontrolle findet zur gewohnten Zeit statt. Die männliche Abteilung bleibt nach wie vor von 8—3 Uhr geöffnet.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission für die Wahlen zum Arbeiterrat Groß-Berlin werden gebeten, sich am Montag, den 30. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, einzufinden. Der Wahlvorstand.

Alle ehemaligen Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterjugend, insbesondere die aus dem Felde zurückgekehrten, werden ersucht, am Donnerstag, den 2. Januar 1919, abends 7 Uhr, nach der Aula der Pflichtfortbildungsschule, **Georgenkirchstraße 11, zu einer wichtigen Besprechung zu kommen.**
J. A. des Propagandaausschusses der U. S. P. R. Hensel.

Aus Eifersucht erschossen. Vor dem Hause Rathenower Straße 44 spielte sich gestern abend in der sechsten Stunde ein Eifersuchtsdrama ab. **Als eine Frau K. ihren Mann mit seiner Geliebten aus dem Hause kommen sah, wollte sie ihn erschießen,** traf aber die Geliebte, die durch zwei Revolverschüsse getötet wurde.

Ein schweres Brandunglück, dem leider eine ältere Frau zum Opfer fiel, rief am Sonnabend abend in dem französischen Hospital der französischen Kolonie, Friedrichstraße 129, eine unbeschreibliche Aufregung unter den dort aufgenommenen zahlreichen Pensionärinnen und Anstaltspersonal hervor. Dort war in dem Zimmer der Pensionärin Thea Meister, einer kränklichen, 80jährigen Dame, die angekleidet im Bett gelegen hat, vermutlich durch Umwerfen einer vor dem Bett auf einem Tisch stehenden brennenden Lampe Feuer ausgekommen. Die Flammen hatten die Betten und Möbel ergriffen, und da die hochbetagte Dame sich nicht erheben konnte, verbrannte sie in ihrem Bett, bevor Hilfe zur Stelle war.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Am heutigen Sonntag, nachmittag 5 Uhr, findet bei Habel, Bergmannstraße, eine Weihnachtsfeier statt, zu der die Besucherinnen der Leseabende mit ihren Kindern hierdurch freundlichst eingeladen werden. J. A.: M. Wurm.

Dritter Kreis. Die heutige Flugblattverteilung findet von den Zahlabendlokalen aus statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Sechster Kreis. Am Montag, den 30. d. Mts., abends 7 Uhr, findet in der Löwen-Brauerei, Hochstraße, Ecke Badstraße, eine öffentliche Frauenversammlung für die 18. Abteilung statt. Genossin Wurm spricht über: „Die Frauen und die Wahlen“. Die Nachbarabteilungen werden gebeten, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Treptow-Baumschulenweg. Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krug-Allee 7 (neben dem Rathause), eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der am 1. Januar stattfindenden Kreis-Generalversammlung. 2. Die bevorstehenden Wahlen für die Nationalversammlung.

Steglitz. Montag, den 30. d. M., abends 7 Uhr, im Lokal Schildhorn, Steglitz, Albrechtstr. 126: Mitgliederversammlung.

Bekanntmachung,

betreffend Auslegung der Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Berlin.

Nach der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 19. Dezember 1918 sollen die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung **acht Tage lang, und zwar in der Zeit**

vom 30. Dezember 1918 bis einschließlich 6. Januar 1919,

zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt werden.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 19. November d. J., betreffend die Aufstellung der Wählerlisten, wird bemerkt, daß die Wählerlisten nach dem Wohnungsstande von Anfang Dezember d. J. aufgestellt worden sind. Sie werden während der genannten acht Tage in den nachstehend aufgeführten 96 Stellen ausgelegt werden, und zwar an den **Wochentagen von mittags 12 bis nachmittags 7 Uhr, am Sonn- und Feiertag von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr.**

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies **binnen acht Tagen** nach dem Beginn ihrer Auslegung, also **bis spätestens 6. Januar 1919, bei uns** schriftlich anzeigen oder in den vorbezeichneten Auslegestellen bei unseren dort anwesenden Beamten zu Protokoll erklären, muß aber die Beweismittel für die Richtigkeit seiner Behauptungen, soweit diese nicht offenkundig ist, beibringen.

Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste ist — abgesehen von sonst etwa erforderlichen Urkunden — entweder der Mietvertrag, die letzte Steuerquittung, die Geburtsurkunde oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die zur Eintragung angegebene Wohnung vorzulegen.

Verzeichnis der Auslegestellen für die Wählerlisten zur deutschen Nationalversammlung in Berlin.

Lfde. Nr.	Für die Stadtbezirke	Auslegestellen	Straße
1	1—12 u. Teile von Stadtbezirk 144 (St.-B. 9)	Haberlands Festsäle	Neue Friedrichstr. 85
2	13—20 u. 22—25	Deutscher Dom	(Eingang Taubenstraße)
3	21 u. 26—30	Restaurant Wilhelmshof	Anhaltstr. 12
4	31—38	Flugverband-Haus	Blumeshof 17 pt.
5	39—43	Zum Fürsten Bülow	Potsdamer Str. 45
6	44—47 B	Zum Kurfürsten	Kurfürstenstr. 156
7	48A—49 u. 56 B	Turnhalle der 22./173. Gemeindeschule	Pallasstr. 15
8	50—56A	Restaurant Schönfeld	Möckernstr. 135
9	57—61 B	Zum Reichskanzler	Yorckstr. 90
10	62—65	Restaurant Biedermann	Bellealliancestr. 27
11	66A—68	Friedrichs-Realgymnasium, Zimmer 2 pt. (Amtszimmer des Direktors)	Mittenwalder Str. 34/37
12	69—74	Restaurant Kramer	Fürbringerstr. 36
13	75A—76 B	Restaurant Rösner	Bergmannstr. 70
14	76 C u. 78A—C	Restaurant Roloff	Dieffenbachstr. 55
15	77A u. B, 79 u. 87—88	Turnhalle der 83./98. Gemeindeschule	Dieffenbachstr. 60/61
16	80—81, 84—86 u. 89	Turnhalle der 106./152. Gemeindeschule	Britzer Str. 17/18
17	90—94	Restaurant Fahrow	Reichenberger Str. 147
18	82, 83 u. 95—98	Restaurant Heidrich	Waldemarstr. 75
19	99—104	Restaurant Nowak	Manteuffelstr. 9
20	105—106 u. 107 B	Turnhalle der 114./122. Gemeindeschule	Cöpenicker Str. 2
21	107A, 108A bis 109	Restaurant Burckardt	Görlitzer Str. 52
22	110—112A	Turnhalle der 100./102. Gemeindeschule	Reichenberger Str. 67/70
23	112 B—113 B	Restaurant Hübner	Reichenberger Str. 95
24	114—118	Restaurant Philipp	Alexandrinenstr. 134.
25	119—125	Restaurant Rudolf	Alexandrinenstr. 1
26	126—132	Turnhalle des Viktoria-Lyzeums	Prinzenstr. 51
27	133—137	Restaurant Doberstein	Annenstr. 42/43
28	138—144	Turnhalle der 129. Gemeindeschule	Cöpenicker Str. 125
29	145—149	Turnhalle der 5. Hilfsschule	Blumenstr. 77
30	150—154	Restaurant Pilzecker	Blumenstr. 34
31	155—160	Turnhalle der 135./137. Gemeindeschule	Friedenstr. 31
32	161—165	Turnhalle der 38. Gemeindeschule	Krautstr. 48
33	166, 168—170	Restaurant Gustavus	Koppenstr. 75
34	167A—E	Restaurant Stark	Goßlerstr. 10/11
35	171—175A	Turnhalle der 52./71. Gemeindeschule	Fruchtstr. 38
36	175 B—177 B	Restaurant Hildebrandt	Litauer Str. 17
37	177 C—177 F	Restaurant Persow	Bromberger Str. 12
38	178A—179A	Turnhalle der 81./109. Gemeindeschule	Tilsiter Str. 4/5
39	179 B—180A u. 180 D	Restaurant Burghardt	Petersburger Str. 9
40	180 B u. C u. 181 D u. H	Restaurant Eichner	Zellestr. 6
41	181A, B, E u. F	Restaurant Koczorowski	Samariterstr. 8
42	181 C, G, J u. K	Restaurant Naujoks	Pettenkoferstr. 18
43	182—188	Fortuna-Festsäle	Strausberger Str. 3
44	189A, D, F, 193 C u. H	Restaurant Perlewitz	Am Friedrichshain 6
45	189 B, C u. 190 C und Teile v. 181 B (190 C)	Turnhalle der 218. Gemeindeschule	Petersburger Platz 8
46	189 E, 190 B, E, F	Turnhalle der 243. und 267. Gemeindeschule	Hausburgstr. 20
47	190A, D, G, 191, 192 B 193 D u. 193 G	Turnhalle der 107. Gemeindeschule	Paul-Heyse-Str. 8
48	192A, 193 B, E, F	Turnhalle der 239. und 296. Gemeindeschule	Christburger Str. 7
49	193A, 194A—194 C	Turnhalle der 58./95. Gemeindeschule	Heinersdorfer Str. 18
50	195—200	Siemunds Restaurant	Linienstr. 8
51	201—208	Turnhalle des Sophien-Realgymnasiums	Steinstr. 29/34
52	209—213	Turnhalle der 8./63. Gemeindeschule	Gipsstr. 23 a
53	214—217	Turnhalle der 1. Gemeindeschule	Koppenplatz 12
54	218—223	Bötzow-Brauerei	Prenzlauer Allee 247 Kl. Saal, links
55	224—229	Brauerei Pfefferberg	Schönhauser Allee 176, links
56	230—234	Restaurant Schützler	Kastanienallee 23
57	235—240	Turnhalle der 26. Gemeindeschule	Ruppiner Str. 48
58	241—242 C	Restaurant Werlee	Schönhauser Allee 158
59	243A—245	Turnhalle der 200./214. Gemeindeschule	Oderberger Str. 57/59
60	246A—247A	Turnhalle der 249./261. Gemeindeschule	Greifenhagener Str. 58/59
61	247 B—247 F	Restaurant Buchholz	Prenzlauer Allee 188
62	248A—D	Turnhalle der 286./298. Gemeindeschule	Scherenbergstr. 7
63	249A—249 C u. 249 G	Restaurant Hielscher	Behmstr. 87
64	249 D—249 F u. 250 B	Turnhalle der 66./304. Gemeindeschule	Schönfließer Str. 7
65	250A, C, D u. E	Turnhalle des Luisenstädtischen Gymnasiums	Gleimstr. 49
66	251—253 u. 254 B u. D	Restaurant Penning	Demminer Str. 13
67	254A, C u. E	Gesellschaftshaus	Swinemünder Str. 42
68	255—258	Restaurant Kummer	Ackerstr. 18
69	259—261 B	Brauerei Oswald Berliner	Brunnenstr. 140
70	261 C—266	Restaurant Meyer	Ackerstr. 123
71	267—270	Turnhalle des Humboldt-Gymnasiums	Gartenstr. 25
72	271—274 B	Turnhalle der 111./186. Gemeindeschule	Pflugstr. 12
73	275—278	Turnhalle des Lessing-Gymnasiums	Pankstr. 18
74	279—283	Turnhalle des Friedrichs-Gymnasiums	Albrechtstr. 26
75	284A—C u. 288 B	Turnhalle der 13. Realschule	Schleswiger Ufer 14
76	285—287 C u. Teile v. 282 (St.-B. 285)	Restaurant Frickmann	Werftstr. 1A
77	288A, 289 u. 290A—C	Restaurant Seidel	Dortmunder Str. 15
78	291A—C u. 292 C	Restaurant Lachmann	Emdener Str. 51
79	292A, B, D u. 293A	Turnhalle der 206./212. Gemeindeschule	Siemensstr. 20
80	293 B—294 B	Turnhalle der 41./242. Gemeindeschule	Wiclefstr. 53/54
81	295—298A	Turnhalle des Dorotheen-Lyzeums	Wilhelmshavener Str.
82	298 B—301	Restaurant Ditkuns	Perleberger Str. 1a
83	302—304	Restaurant Fischer	Rathenower Str. 8a
84	305—307	Turnhalle der 183./196. Gemeindeschule	Müllerstr. 158/159
85	308A, C, D u. F	Restaurant Wilhelm Zülke	Sprengelstr. 19
86	308 B, E, 309 u. 310 D		
87	310A, B, C 311 C	Turnhalle der 68./300. Gemeindeschule	Ostender Str. 39/40
88	311A, B, D, 312	Turnhalle der 6. Gemeindeschule	Lütticher Str. 4
89	313, 325A u. B	Turnhalle der 282./278. Gemeindeschule	Schoeningstr. 17
90	314A—C	Turnhalle der 308. Gemeindeschule	Schulstr. 118/124
91	314 D—316	Turnhalle der 72. Gemeindeschule	Utrechter Str. 30/31
92	317—319 B	Turnhalle der 118./127. Gemeindeschule	Antonstr. 10/15
			Pankstr. 17
93	320A—C	Restaurant Wilhelm Wallau	Hochstr. 25
94	321—A—322	Restaurat Rudolf Frisch	Badstr. 12
95	323A—324	Turnhalle der 208./283. Gemeindeschule	Gotenburger Str. [illegible]
96	326A—D	Restaurant Jänicke	Koloniestr. 13

Berlin, den 28. Dezember 1918. (J.-Nr. 678 Wahl. 18.)

Magistrat.

Am 16. November verstarb im Lazarett zu Charleroi (Belgien) an den Folgen eines Lungenschusses, mein lieber Mann und guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Werkzeugmacher

Jean Charlet

im blühenden Alter von 33 Jahren.

In tiefem Schmerz
Ww. Ida Charlet, geb. Breiter u. Tochter Gretchen, Putbuserstr. 56.
Familie Berthold Charlet, Demminer Straße 31.
Familie Paul Charlet, Ramlerstr. 26.
Familie Georg Charlet, Soldinerstr. 8.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. 9. Abt. Bzk. 353a.

Nachruf!

Am 10. Novemb. verstarb im Lazarett an den Folgen eines Lungenschusses, unser Genosse, der Werkzeugmacher **Jean Charlet** Putbuserstr. 56.

Ehre seinem Andenken. Der Vorstand.

III. Kreis U. S. P.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse **Alois Löhnert** Liegnitzer Str. 21, III. Abt. verstorben ist.
Die Beerdigung findet heut nachmittag 4 Uhr, Neuer St.-Michael-Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.
Ehre seinem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Große!
Auswahl in nußbaum, Kleiderschränken, Vertiko, Umbauten, Moquettsofa, Trümeau, Ausziehtische reizende farbige Küchen siebenteilig 400,—
Möbelhaus Osten
30 nur Andreasstraße 30

Die herzlichsten Glückwünsche **zur Verlobung** unserer lieben Genossin und Kollegin **Alice Labuda** mit Herrn **Walter Müller.**
Gewidmet von Nathan Maroko, Agnes Ludwig, Elfriede Bluschke, Adolf Habedank.

Botenfrauen stellt ein Expedition Wiesstraße 62/63, Laden, ab 5 Uhr.

10 Botenfrauen sucht Heukel, Usedomstraße 18.

Botenfrauen stellt ein **Hübner,** Schulstr. 69.

10 Botenfrauen 10 sucht **Spedition Heuckel,** Usedomstr. 18.

Schöner 2 fenstriger Laden zu vermieten. — Zu erfragen in der Expedition der Freiheit, Grüner Weg 18.

Junggeselle sucht gt. [illegible] Heim mit Kost sofort oder später. NW., N, O oder C. Offerten an Gastwirt Georg Borchert, Schulzendorfer Straße.

Durch Parteibüro Neukölln **Stoff-Straßenschuhe,** bezugscheinfrei, verkauft, auch Sonntags, 8—4 Uhr, [illegible] Neukölln, Johanna-Ilus-Str. 4, Quergeb. part. am Richardplatz.

[illegible] kauft Gerlach, Beusselstr. 55.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.

Folgende Zeitungsexemplare gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht: Sporthaus Nr. 2, 8 usw., Der Stürmer Nr. 1, 2, 3, 4, 6 usw., Mitteilungsblatt Nr. 7, 11, 14, Jahrg. 16/17. Offerten an Zeitungsexpedition Walter Preuss, Lichtenberg, Tasdorferstr. 3.

Genossen! werbt Leser für **Die Freiheit**